

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

110 (12.5.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556128](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementsspreis vor Vorauszahlung für einen Monat einschl. Briefporto 75 Pf., bei Schätzabrechnung 65 Pf., durch die Post bezogen vierfach jährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließlich Beitrags. — Mit — Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfgezähnte Korpuszeile oder deren Raum für die Inseraten in Nüstringen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie bei Filialen 15 Pf., für sonstige ausserordentliche Inseraten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wollten Anzeigen aus kleinerer als der Grundfläche gezeigt werden, so werden sie auch nach ersterem berechnet. Reklamezeile 50 Pf.

25. Jahrgang.

Nüstringen, freitag den 12. Mai 1911.

Nr. 110.

Mutter- und Kinderschutz.

Die Reichstagsmehrheit, die seit der Beratung der Arbeitnehmerordnung über alle Verbesserungsanträge der Arbeitgeberseite hinweg galoppiert, wie ein gutes Rennpferd über alle Hindernisse springt, hat am letzten Dienstag die ersten großen Hindernisse genommen, indem sie die sozialdemokratischen Vorschläge zum Mutter- und Säuglingschutz mit überwältigender Stimmenzahl ablehnte. Herr v. Kamp, der nie verlegen ist, am wenigsten dann, wenn es sich darum handelt, eine Muster zu finden, dechselte deshalb die sozialdemokratischen Anträge als unannehmbar, weil die Kosten viel zu groß seien. Er nannte aufs Geratewohl eine Milliarde. Und damit wäre das Schicksal der Anträge entschieden gewesen, hätte nicht schon, zuvor ihre Ablehnung festgestanden, da sie an der Spitze die Bezeichnung Abrecht und Genossen trugen. Eine Milliarde! Man hört es und schaudert. Welche gewissenlose Gesellschaft doch, diese Sozialdemokraten, daß sie sich erdreiten, Anträge zu stellen, deren Durchführung eine Milliarde kosten würde!

Über die Rechenmethode des Herrn v. Kamp soll gar nicht geschrieben werden. Er und seinegleichen hinterliessen ja mit einem doppelten Sinnalein, je nachdem es sich um Forderungen handelt, die ihnen genehm sind oder nicht. Handelt es sich z. B. um eine Flottenvorlage: dann rechnet man noch dem Muster $2 \times 2 = 3$, wenn es dagegen um eine Frage des Arbeitserfolgs geht, wird das Beispiel $2 \times 2 = 5$ in allen möglichen Multiplikationen wiederholt. Es sind aber Kleinigkeiten, auf die es hier gar nicht ankommt, wo es sich um eine Frage des großen Prinzips handelt, und darum sollen den Herrn v. Kamp die paar hundert Millionen, um die er sich verrechnet haben mag, ohne weiteres geschenkt sein.

Nehmen wir wirklich an, daß die Durchführung der sozialdemokratischen Forderung nach Wöhnerneinschüttung und Kinderfürsorge eine blonde runde Milliarde kosten würde. Sohn es sich, diese Milliarde aufzubringen? Ist der Zweck wichtig genug? Diese Frage wird in recht verschiedener Weise beantwortet werden, je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtet.

Die bestehenden Klassen werden mit einem Nein antworten. Für ihre Frauen und Kinder ist ja geforgt, und die Sorge um die Frauen und Kinder der andern kann ihnen nichts einbringen als neue Steuern. Es ist ganz südwürttmärkisch, daß die Aufbringung einer Milliarde jährlich nicht möglich ist ohne kräftiges Ausbau der Bevölkerung. Die großen Fabrikarbeiter würden zuerst daran glauben müssen, denn ihnen die großen Vermögen und Einkommen an die Reize. Das deutsche Volk schenkt jetzt seinen beschäftigten Leuten circa eine halbe Milliarde jährlich, die die Bourgeoisie Englands und Frankreichs in Form von Gehaltssteuern aufzubringen hat. Wären die sozialdemokratischen Anträge angenommen worden, dann wäre die Erfüllung einer ausgewogenen Reichsverbrauchssteuer sofort notwendig geworden. Das ist jedoch bedauertlich, daß unter bestehendes Bürgertum und das Judentum erst recht!

Die Sache sieht erheblich anders aus, wenn man sie mit den Augen der bestehenden Klassen betrachtet. Für sie bedeutet unter den heutigen Verhältnissen die Vermehrung ihres „Diamantengluts“ vermehrte Sorge, oft vermehrtes Elend und Siedlung. Man könnte pauschell werden und an die Tränen der Mutter erinnern, wenn sie mit aller deutschen bürgerlichen Familiensentimentalität aufzutun, die die Spalten der Romanzeitungen füllt, wenn es darauf ankomme, das Mitleid zu apellieren. Aber die arbeitenden Männer wollen ja kein Almosen erbetten, sie wollen nichts haben, was sie sich nicht erkämpfen können und darum genügt es zu sagen, daß für sie die Durchführung der sozialdemokratischen Vorschläge einen gewaltigen Gewinn bedeuteten würde. Wenn die bestehenden Klassen jammern: „Um Gottes willen, eine Milliarde!“ so kann es sie die Beschlüsse nur umgekehrt helfen: „Hier mit dieser Milliarde!“

Zwischen den Bestehenden und den Beschlüssen gibt es aber noch ein Drittes: den Staat! Den Staat, der in seiner Wirklichkeit Kaiserstaat ist, Werkzeug in der Hand herrschender Schichten, und der sich doch nur dadurch erhalten kann, daß er in seiner Idee Massenstaat, Zusammenfassung und Vertretung der Allgemeinheit ist. Dieser Staat ist — in der Theorie — ein ungeheures Interesse an dem Wohlgehen seiner Bürger; je gesündiger und kräftiger sie sind, desto höher wählt sie die Kraft, desto geringer wird der Ausfall, den seine Volkswirtschaft erleidet durch herabgesetzte Wettbewerbsfähigkeit seiner Bevölkerung, durch Vermehrung der Armenlasten. Für den Staat, im Sinne einer Vertretung der Allgemeinheit kann es daher keine nützlichere, keine rentablere Ausgabe geben als die Milliarde, die der

von den Sozialdemokraten geforderte Mutter- und Kinderfürsorge nach den Angaben des Herrn v. Kamp kosten würde. Wenn die Regierung auch hier wie immer auf der Seite der bürgerlichen Mehrheit steht, so legt sie sich dann in Widerspruch zur Idee des Staats und defenst sich zugutehalter Wirklichkeit der Kloßherrenschaft durch den Staat. Hätten wir und unsere großen Nachbarstaaten Regelungen, die keine Klasse regeln würden, dann dürfte die Fürsorge für die Mütter und für das heranwachsende Geschlecht auf der Rollefrage nicht scheitern. Eine Milliarde ist ja ziemlich viel Geld, aber den Finanzministern kann man mit ihr nicht mehr impfen, die sind gewohnt mit Milliarden zu rechnen, wo es um Heeres- und Flottenkosten geht. Admiret die Regierungen von Berlin, Paris und London nicht eines Tages zu einander sagen: Wir wollen Frieden und Frieden halten und an Rüstungskosten sparen, damit wir den Müttern und den Kindern unseres Volkes helfen können?

Betrachtet man die Dinge genau, so merkt man, daß wir mit unserer bürgerlich-kapitalistischen Kultur noch immer nicht weit vom Nationalismus entfernt sind. Man wendet Milliarden und Übermilliarden auf, um ein großes Menschenmord vorzubereiten, um Millionen kräftiger junger Leute von mühsamer Arbeit abzuhalten und Hunderttausend Artilleriepfade zu säubern. Mütter und Kinder lädt man aber massenhaft zugrunde gehen, weil es an Geld fehlt, ihnen zu helfen!

Am Mittwoch wurde die sogenannte Beratung der sogenannten Reichsversicherungsordnung folglos fortgesetzt. Fortgesetzt wurde auch das harmliche Schweigen der Mehrheit, das höchstens einmal vom Schokoladenkönig Strohmann und vom Immunstaaten Niebergang unterbrochen wurde. Fortgesetzt wurde gleichfalls das Niederkämpfen aller Abänderungsanträge, ein Gesetz, das die Mehrheit mit der Grausamkeit besorgte, mit der ein ausgewachsenes Kind in einem Kreislauf zu hausen pflegt. Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Selbst der schwiegende Arbeitsblöck der Kapitäne von Brunn das Baufirmen ließ sich einmal herbei, einen sozialdemokratischen Antrag anzunehmen. Es handelte sich um eine Überdrücklichkeit der Fassung, die, wenn sie gebüsst worden wäre, eine schwere Schädigung der Bergarbeiter bedeutet hätte. Das war aber auch die einzige Ausnahme vom eindürdigen Niederschlagen der Ablehnungsguillotine. Sonst verließ die Sitzung ohne Zwischenfälle und erreichte ein ziemlich schätzliches Ende, da die Mehrheit augenscheinlich Kraft sammelt zu der am Donnerstag in Szene gehenden Abstimmung der proletarischen Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Verächtlich müssen wir zu unserer leichten Ueberlist mittelen, daß der Antrag der Sozialdemokraten, den Raffen die Gewährung der Gebahmendenrente nebst ständige Behandlung usw. von allen bürgerlichen Partien mit Ausnahme der Polen, dem frei. Abg. Traeger und dem Dänen Hansen abgelehnt wurde.

Politische Rundschau.

Nüstringen, 11. Mai.

Das Vorspiel preußischer Wahlrechtskämpfe.

Als ein Vorspiel zu den künftigen großen Kämpfen um das preußische Wahlrecht betrachten die Jufer die bevorstehenden Entscheidungen in der reichsähnlichen Verfassungsfrage. Der „Reichsbote“, der in seiner Herzenseinfalt so oft ausspricht, was die älteren konservativen Führer wohlweislich im Bauen verbergen, schreibt darüber:

Die süddeutschen Staaten haben eine schwere Verantwortung auf sich genommen, daß sie hier vor dem Massenunterstand (nämlich der Forderung des gleichen Rechts) kapitulierten. ... Den unsaftmäßigen Verhalten derselben gegenüber war es eine besondere Pflicht der Reichsregierung, in der reichsähnlichen Verfassungsfrage einen grundätzlich abweichenden Standpunkt zu behaupten. Das mußten die Mitglieder des Bundesrats schon mit Mühe auf die großen Lebensinteressen Brennenden tun. Denn ihr Verhalten hier war ungewöhnlich von prinzipieller Bedeutung für ihre zukünftige Stellungnahme zur preußischen Wahlrechtsfrage. Was sie in Elsfj.-Wörtingen zugestanden, können sie ohne direkte Verständigung gegen eine gesunde Logik auch in Preußen nicht mehr grundätzlich verlagen. Soll aber das elsfj.-wörtingische Vorspiel wirklich schon ein Präludium sein für die zukünftige Behandlung der preußischen Wahlreform, dann hätte man auch in Preußen bereits jede Widerstandskraft gegen den demokratischen Massenordnung verloren.

Also lebt der „Reichsbote“ nun anerkennen, daß man

den Preußen nicht verlogen kann, was man den Elsfjern zu geben bereit ist. In Elsfj.-Wörtingen handelt es sich aber nur darum, ob es das gleiche Wahlrecht jetzt schon eingeführt oder ob es vorläufig noch durch das Schamtuß eines bürgerlichen Pluralwahlrechts verhüllt werden soll. Auch in Preußen wird die Frage nicht anders gestellt werden dürfen. Dreiklassenwahlrecht, Pluralstimmen für West und Ostwähler! Würden nicht mehr in Betracht kommen. Es wird sich darum handeln, ob das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ohne weiteres eingeführt wird oder ob den Leuten über 40 Jahre eine Wählstimme zugestellt werden soll. Und weil diese Frage jetzt bei der reichsähnlichen Verfassung zur Vorentscheidung gestellt ist, kann wirklich wahlrechtsfreudlichen Parteien die Antwort nicht schwer fallen. Sie heißt: Heraus mit dem gleichen Wahlrecht jetzt für Elsfj.-Wörtingen, dann für Preußen!

Vergleich und Diamanten in Deutsch-Südwürttemberg.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte am Dienstag eine Reihe von Vergleichsfragen in den Kolonien und Fragen der Organisationsänderung in der deutschen Diamantenecke. Als Reichsnachfolgerin des Herrn Lüderitz, der zuerst in Südwürttemberg saß, und angeblich Hoheitsrechte von den Häuptlingen erworben hat, behauptet die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwürttemberg, daß sie diese Hoheitsrechte ebenfalls besitzt und niemals aufgegeben habe. Abg. Erzberger stellte deshalb folgende Fragen an die Regierung: 1. Hat die Kolonialgesellschaft auf alle Hoheitsrechte verzichtet? 2. Kann der Fiskus im Gebiet der Kolonialgesellschaft auf eigene Rechnung Bergbau betreiben? 3. Kann der Fiskus im Gebiet der Gesellschaft die Sperrverboten? 4. Kann der Fiskus im Gebiet der Kolonialverwaltung Gebühren für sich erheben? — Alle 4 Fragen wurden mit ja beantwortet. Strittig sei nur die Frage, ob der Fiskus auch dann Gebühren erheben könne, wenn das Gebiet Eigentum der Kolonialgesellschaft sei. Staatssekretär v. Lindquist erklärte, daß sich das Reichsjustizamt zur Abgabe eines Entschlusses über die Bergwerksrechte in Südwürttemberg, das Demburg früher herbeiführen wollte, bereit erklärt habe, aber nur dann, wenn das Gutachten nicht außerhalb der Kreise des Kolonialamts delaniert gegeben werde. Unter diesen Umständen habe er als Staatssekretär der Kolonien auf das Gutachten verzichtet. In der ersten Frage habe er zu erklären: Durch das Abkommen mit der Kolonialgesellschaft vom 1. Oktober 1908 seien die volk. Hoheitsrechte der Gesellschaft in Fortfall gekommen. Bergwerksrechte habe die Gesellschaft niemals gehabt, sondern nur Bergrechte. Zur zweiten Frage sei zu bemerken, daß der Fiskus das Recht habe, Bergbau auch in Gebieten der Gesellschaft zu treiben, soweit allgemeine Schärferechtlichkeit besteht; zur dritten Frage, daß auf Grund des Berggelehrten die Fiskus die Sperrrechte verhängen könne, die Anwendung derselbe aber zu Trenn und Glauben gegen die Gesellschaft nicht in Widerspruch stehen; zur letzten Frage: der Fiskus könne eine Förderungsabgabe im Höchstbetrag von 2 Prozent erheben. Der Kommission werde bis Mittwoch das gesamte Material zugestellt werden.

Daraus wurde die Diamantenecke erledigt. Alle Schäfer müssen die von ihnen gefundenen Steine an die Regie in Berlin abliefern, die den Verkauf leitet; dafür wird vom Preis ein Abzug von 5 Proz. gemacht. Abg. Erzberger batete, daß sich die Regie gut bewährt habe, doch beständen Bedenken wegen der Organisation. Die Schäfer sollten Einfluss auf die Regie und ihren Betrieb erhalten. Die Budgetkommission habe schon im vorigen Jahre eine Aenderung gewünscht. Im Südwürttemberg sollte eine Minenfammer nach Art der Handelsfammer errichtet werden. Gelegte wurde auch darüber, daß Deutschland die Steine billiger verkaufe, als es sonst üblich sei. Wenn es gelingen würde, den Preis für das Karat um etwa 3 Mt. zu steigern — im Durchschnitt werden heute 28 bis 30 Mt. für das Karat bezahlt — so würde sich, bei einer Gesamtproduktion von rund 800 000 Karat, für das Reich eine Mehreinnahme von rund 800 000 Mt. ergeben. Der Staatssekretär gab zu, daß Änderungen vorgenommen werden müssten. Eine Minenfammer als Vertreter aller Minenbesitzer sei in Vorbereitung, der Gouverneur mit der Ausarbeitung der Statuten beauftragt. Die mit Sonderrechten ausgestatteten Berggesellschaften dienen in der geplanten Kommer nicht mehr als ein Drittel der Stimmen erhalten. Es seien in Deutschland einige Minenbesitzer mit dem Auftrag anwesend gewesen, sich einige genau anzusehen. Letzter hätten, abgesehen von einem, die Besitzer wenig Gebrauch von der ihnen erzielten Erlaubnis gemacht, den Regelbetrieb genau zu studieren, obwohl ihnen jede Ausklärung gegeben worden wäre. Der eine, bisher der schärfste Gegner der Regie, habe sich nach eingehendem Studium sehr lobend geäußert.



Abg. Hoch (Soz.) bemängelt die Verwertung der Steine durch die Regierung. Die deutsche Diamantflesefrei in Hanau befindet sich in einer schwierigen Lage. Es sei ein Überangebot von Steinen, besonders von kleinen, vorhanden, die hauptsächlich in Deutschland geschafft würden, während die großen Steine im Ausland bearbeitet würden. In welchem Verhältnis ständen die Regierungen zu denen des Auslandes, besonders zu denen der Deutschen-Kompanie die mit den großen Steinen handelten? Es werde behauptet, daß die Regie mit einem holländischen Syndikat ein Abkommen getroffen habe. Weiter werde behauptet, daß Deutschland mit seinen Diamanten Preisdruckerei betreibe. Deutschland überherrsche den Markt mit Diamanten, ohne auf den Bedarf Rücksicht zu nehmen. Die Regie habe deshalb mit dem Ablage auch schon Schwierigkeiten gehabt. Das Verfahren, unter allen Umständen alles loszuholen, müsse zum Nachahmen, während die Deutschen-Kompanie den Ablage nach dem Bedarf regele. Das müsse auch die Berliner Regie tun.

Der Staatssekretär teilte mit, daß leider nur 3 Prozent der südwästafikanischen Steine in Deutschland vorbereitet werden. Hanau sei nicht auf die Bearbeitung eingearbeitet. Man habe dort den südwästafikanischen Diamanten anschließend sein rechtes Vertrauen entgegengebracht. Der "deutsche" Stein sei sehr schwer zu schätzen; die Verarbeitung geschieht meistens in Belgien. Es soll aber alles versucht werden, für Hanau eine Befreiung herbeizuführen. Die Qualität der in Südwästafika gefundenen Steine habe sich nicht gehoben, sondern verschlechtert. Die Frage der Kontingentierung des Ablages ist jetzt noch nicht sprachreif.

Es wurde ein Antrag angenommen, der der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Vertretung der Wissenschaften sehr schnell geregelt werde.

Behandlungszwang für Arzte und Tierarztpraxisrecht

waren die Verhandlungsgegenstände der Kürschnerkommision in den Sitzungen vom Dienstag und Mittwoch. Die erste Frage wurde durch einen Antrag der Sozialdemokraten angestellt. Es wurde darum gefordert, in allen den Fällen, in denen nach dem Gesetzentwurf nur Ärzte behandeln dürfen, den Ärzten die Verpflichtung zur Behandlung aufzulegen. Ferner forderte der Antrag: "Der Staat hat die aus dieser Behandlung den Erkrankten etwa entstehenden Schäden zu ersätzen. Die Behandelten haben Anspruch auf Entschattung des den Ärzten zustehenden Honorars."

Seine Begründung fand dieser Antrag in seinem ersten Teile aus den Bestimmungen der §§ 3 und 5, nach denen eine Reihe von Krankheiten nur von Ärzten behandelt werden dürfen und daß die Behandelten nicht approbierten Krankenbehändern den Gewerbebetrieb unter gewissen Voraussetzungen verbieten können. So hebt der Gesetzentwurf auf der einen Seite die Autonomie auf, schafft aber keinen Ausgleich dafür und gibt den Kranken nicht die Garantie, daß nur die Ärzte für die Einschätzung der Tätigkeit nicht approbiert zu einem Erfolg verpflichtet werden. Doch diese Garantiebestimmung aber unbedingt notwendig ist, denn es sind die Ausführungen unserer Genossen zu diesem Antrage. An einer Reihe von Fällen konnte nachgewiesen werden, daß Ärzte die Behandlung von Kranken selbst in dringenden Fällen verwirbeln.

In der Kommission wurde anerkannt, daß durch die Bestimmungen der §§ 3 und 5 ein widersprüchlicher Zustand geschaffen worden wäre; der erste Teil des sozialdemokratischen Antrages fand zustimmende Erklärungen. Man wollte sich aber noch nicht für ihn erklären, sondern auf einen Antrag von konservativer Seite wurde die weitere Beratung und die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ausgestellt und man beschloß, die Regierung zu ersuchen, bei den Ärztekammern anzutragen, wie sie sich zu der Frage einer ärztlichen Verpflichtung zur Krankenbehandlung in den Fällen stellen, die nach § 3 den nicht approbierten Krankenbehändern verboten sind. Weiter sollen die Ärztekammern einen Ausweg zeigen, der aus der widersprüchlichen Lage herausführt! — Ein Antrag, daß die Ärztekammern event. auch die Gründe angeben sollen, unter denen sie die Einführung des Behandlungszwanges ablehnen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dafür stimmten auch unsere Genossen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie die Aussichten der Ärztekammern ausfallen, erst dann kann über den sozialdemokratischen Antrag entschieden werden.

Den Rest der Mittwochsitzung füllte die prinzipielle Debatte über die Frage aus, ob auch die fürjuristischen Tierbehörden unter die Bestimmungen des Gesetzes gestellt werden sollten. Die Ausführungen gingen weit auseinander. Die Diskussion wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Am Mittwoch beriet das Haus zunächst eine Vorlage zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichts. Es soll eine Revisionssumme festgesetzt und anderweitig sollen Höflichkeit gezeigt werden. Der Vorlage werden von allen Parteien Bedenken entgegengehalten. Genosse Liebknecht verwies darauf, daß die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts den Übergriffen mancher Verwaltungsbehörden zuwiderseitigt sei. Die Einführung einer Revisionssumme deute eine Einschränkung der leichten Möglichkeit, sich gegen ungerechte Summungen von Verwaltungsbehörden zu schützen. Die Höflichkeit würden eine sehr zwecklose Unabhängigkeit besitzen. Schließlich ging die Vorlage an eine Kommission.

Dann wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Pflicht zum Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen auf einige weitere Provinzen ausdehnt. Der Landwirtschaftsminister begründete die Nichtzulassung des Sonntagsunterrichts mit den Vorrechten, die die Kirche auf den Sonntag habe und sprach sich gegen obligatorischen Religionsunterricht aus, da ohnedies viel Gelegenheit zu kirchlich-religiöser Erziehung sei. Ein Konservativer forderte im Namen einer Minderheit seiner Fraktion die Einführung des Sonntags-

unterrichts, da sonst die jungen Leute in die Wirtschaftsberufe gehen würden, um dort Schnaps zu trinken. Die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts wurde nur vom Zentrum befürwortet. Schließlich ging auch diese Vorlage an eine Kommission. Nach Erledigung zweier kleinerer Vorlagen verzog sich das Haus auf Donnerstag, wo Anträge und Petitionen erörtert werden sollen.

Aus den Kommissionen des Dreiklassenhauses.

In der Zuwachssteuerkommission wurde ein Antrag abgelehnt, nach dem sich die Steuerfreiheit der Landesfürsten und der Landesfürstinnen nicht auch auf die Steueranteile der Gemeinde beziehen soll. Abgelehnt wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag, nach dem den Gemeinden ein für alle Maße das Recht zur Erhebung von Zuschlägen erteilt werden sollte.

In der Kommission für die Gemeindeordnung der Rheinprovinz wurde ein Antrag auf Einführung der vollen Öffentlichkeit für die Gemeindeversammlungen abgelehnt, jedoch beschloß man, die vom Herrenhaus geführte öffentliche Öffentlichkeit wieder herzustellen.

In der Justizkommission wurde das Gesetz über die Bildung von Vorgerichtsstellen verhandelt. Durch dieses Gesetz soll ferner die Prümtenloschwindel beseitigt werden. Obgleich in der Kommission sehr starke Bedenken erhoben wurden, ob diese Materie nicht der Reichsgesetzgebung unterliege, beschloß die Mehrheit doch, die landesgesetzliche Regelung vorzunehmen.

In der Pflichtfortbildungskommission wurde beschlossen, daß die abgelegte Fortbildung nach dreijähriger Lehrzeit vom Schulbesuch befreien soll. Das gleiche soll auch für die ausgerückten Handlungsschülern gelten.

Die Geschäftsförderungskommission hat ihre "Reformarbeit" beendet. Es wurde beschlossen, daß auch Vereinigungen von mindestens drei Mitgliedern auf ihren Antrag bei der Bildung der Kommissionen berücksichtigt werden sollen. Die Bestimmungen über die persönlichen Bemerkungen und über die Bemerkungen zur Geschäftsförderung wurden so gefaßt, daß es danach nicht mehr möglich sein soll, das Wort gebrauchsfeindlicher in einer solchen Bemerkung erscheinen, was sie in ihre Nähe ausführen wollten.

Es wurde auch für solche Bemerkungen die Wortentziehung ohne vorherige Wohnung zur Sache zugelassen. Endlich wurde ein fortlaufender Antrag abgelehnt, nach dem Schlußanträge nicht zugelassen werden sollten, bevor nicht wenigstens ein Redner zur Sache gehoben hat. Diese Möglichkeit, noch garnicht begonnene Debatten zu schließen, wird sich die Zentrumsmehrheit unter Umständen gewiß zu Nutze machen wissen.

Deutsches Reich

Zur Polizeibeamtenversicherung. Die Regierung scheint jetzt den Gedanken aufgegeben zu haben, das Polizeibeamtenversicherungsgesetz noch im gegenwärtigen Reichstage zur Einführung zu bringen. Nach Mitteilung einer offiziell bedienten Korrespondenz ist der Entwurf vom Bundesrat noch nicht verabschiedet worden. Die ursprüngliche Absicht, die Vorlage gleich beim Zusammentreffen des Reichstages einzubringen, sei mittler aufgegeben. Es scheine danach nicht mehr der Plan zu bestehen, das Gesetz in der Tagung des Plenums überhaupt noch zur Beratung zu stellen. Nach einem Hinweis auf die Reichspolizeiversicherungsordnung, das Gesetz für die elsb.-lothringische Verfassung und den deutsch-löwischen Handelsvertrag heißt es in der Mitteilung: "Auf jedem Fall aber dürfte die Vorlage demnächst der öffentlichen Rücksicht unterbreitet werden, sobald in den kommenden Sommermonaten den beteiligten Kreisen ausreichende Zeit gegeben ist, zu allen Einzelheiten Stellung zu nehmen."

Kassenabfälle für das Zentrum. Das Zentrum sucht im Laufe der Zeit die Taschen umzupflügen und tut so, als habe es mit der Bewilligung der neuen Steuern eine glorreiche patriotische Tat begangen. Alle Bemühungen helfen aber nichts, immer wieder muß es sich den Arbeiterverrat belästigen lassen. So ist auch jetzt gerade zur rechten Zeit der Bericht der Handelskammer in Münster erschienen. Diesem Bericht ist Seite 12 zu lesen: "Die Haushaltsschuld ist durch die Teuerung notwendiger Lebensmittel beeinträchtigt." Auf Seite 126 heißt es: "Gerade gegenwärtig ist in diesen Kästchen (Bauwollenmarkt) einer um so gehobener Sparzweck zu rechnen als die notwendigsten Lebensmittel eine empfindliche Teuerung durchmachen."

Seite 138 (Leber Tabakindustrie): "Die Wirkungen des neuen Tabaksteuerergusses zeigen sich noch schwächer als befürchtet war."

So äußert sich der Bericht noch an mehreren Stellen und legt damit nicht bloss Zeugnis ab gegen das Zentrum, das das Volk verrotten hat, sondern auch für die katholischen Textilarbeiter des Münsterlandes, die von den katholischen Unternehmern zu einem wahren Vergnügungslampen gepeitscht werden. Hier können die katholischen Arbeiterschaften den Klassenkampf in seiner brutalsten Form studieren, den Klassenkampf, den sie sonst leugnen. Die katholischen Unternehmer wollen an 20.000 Arbeitern aufs Straßenplaster werfen, weil in einem Betrieb gefeuert wird. Und obwohl die Bewilligung unter einer empfindlichen Teuerung leidet, wie selbst der Handelskammerbericht zugibt, ist der Durchschnittsmonatslohn von etwa 15.000 Arbeitern noch erheblich zurückgegangen. Westfalen gilt als eine der reichsten Provinzen, aber der Durchschnittslohn der Slaven in der dortigen Textilindustrie beträgt nur 834,80 Mtl. Wohl, die Arbeiterschaftlichkeit des Zentrums kann man am besten studieren, wenn es zu Hause ist!

Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl. Der Ausschuss der Zentrumspartei hat beschlossen, den Zentrumsmehrheit die Unterstützung des nationalsozialistischen Oberbürgermeisterkandidaten Lautenschläger zu empfehlen. Es schien noch kein einzelner Kandidat.

Die Nationalsozialistische Partei, die bisher unbedingt an Lautenschläger setzte, erklärte nunmehr ihre Bereitwilligkeit,

für den früher von der Volkspartei vorgeschlagenen, die abgelehnten Ministerialen eingetreten. Die Volkspartei lehnt jetzt jedoch ab, da sie unterstellt, verantwortlich für die Festnahmen der Nationalsozialisten an Lautenschläger, ist, daß der Oberbürgermeister Reck entschieden hat und diesen nicht plötzlich preisgegeben will."

Saalatreiberei im Erfurter Landkreis. In den Dörfern des Erfurter Landkreises wird es unzweckmäßig geworden, Versammlungsorte zu erhalten. Sehr unpolitische Versammlungen werden dadurch unmöglich gemacht. So wurde vor kurzem in Mühlberg eine Konferenzversammlung dadurch vereitelt, daß der Gendarmerie in Wiedersehen dem Worte die Abhaltung der Versammlung etwas verbot, ihm sogar mit dem Militärverdacht drohte, da die Versammlung doch nur eine "verdeckte sozialdemokratische" sei. Am Sonntag wurde in einer Versammlung unter freiem Himmel gegen diese Saalatreiberei protestiert; es wurde mitgeteilt, daß das Sekretariat der Thüringer Konferenzversammlung beim Landrat eingezogen habe.

Frankreich.

Neue Unterschlagungen in der französischen Regierung. Nach einer Blättermeldung hat der Verkehrsstaat des Haushaltshauses der Kommission, Bourassa, bei der Prüfung der vom Ackerbauministerium in den Jahren 1907, 1908 und 1910 gemachten Ausgaben zahlreiche Unregelmäßigkeiten entdeckt. Unter anderem ist festgestellt worden, daß die für die Förderung der Viehzucht und des Ackerbaus bestimmten Summen ihrem Zwecke entzogen wurden, und daß ähnlich wie im Ministerium des Außenhandels, höhere Beträge als die tatsächlichen Ausgaben verducht wurden seien. Die veruntreuten Summen sollen angeblich eine Million betragen.

Mexiko.

Die Revolution kommt von neuem an. Bei dem Angriff auf Juarez entwickelten sich verzweigte Strafkämpfe. Die Außständigen drangen in die Hauptstraßen an allen Seiten ein, ohne sich um die Beschädigungen zu kümmern. Die Verteidiger feuerten aus Fenstern und Türen. Der Kommandant ließ auf den Hauptstraßen und Kreuzungen Maschinengewehre aufstellen. Die Verteidiger zogen sich in die höchsten Teile der Stadt zurück. Die Zahl der Toten wird derzeit auf dreihundert geschätzt, darunter fünfzig amerikanische Mitlämpfer.

Die Außständigen haben Juarez in Brand gestellt. Da schwerer Wind weht, greift das Feuer schnell um und ist in wenigen Minuten zu sehen. Die Außständigen ziehen den Kampf fort.

Der Umland, daß Madero anstehend die Kommission über sein halb desorganisiertes Nebenamt verfügen zu erwarten, die größte Beunruhigung. Wie aus San Diego (Kalifornien) gemeldet wird, haben die Außständigen zu einem Teil der eingeschlossenen mexikanischen Grenzstadt La Juana niedergebrannt. Auf beiden Seiten sind schwerer Verlust zu verzeichnen.

China.

Auf dem Wege der Geschäftsmäßigkeit. Das neugebildete Kabinett übernimmt einen Teil der Verantwortlichkeit. Der Präsident erhält das Einspruchrecht über die Verträge der Minister und die Außständen unterzeichnen die Beleidigungen, die sich auf die Angelegenheiten der einzelnen Regierungsabteilungen beziehen; sie müssen jedoch von den Minister, dem sie betreffende Abteilung unterstehen, gezeichnet werden.

Millionenunterschläge bei der Hessischen Staatsbank. Aus Peking wird gemeldet, daß bei der chinesischen Staatsbank zu Peking Fehlbeträge von zusammen 2½ Mill. M. entdeckt wurden. Infolge dieser Unregelmäßigkeiten, die mangelnde Beaufsichtigung zurückgeführt werden, wurde die gesamte Bankadministration abgesetzt.

Reines politische Nachrichten. Die märkischen Sittlichkeitsschäffer in Berlin hatten beantragt, daß das Polizeibüro der Geschäftsführer in Familienräumen verbleiben werden möge. Der Regierungspräsident hat jedoch das Antragen abgelehnt. — In Münster ist der Vorstand des Reichsrats v. Clemm. Es heißt darüber, daß er sein Vermögen von 20 Millionen Mark nicht steuert hätte. Jetzt zieht der Hause noch zwei Millionen von seinen Ersparnissen. — Ein Angriff des Kabinetts auf die Vorstände der Generals Mühlen in der Nähe des märkischen Hauses Schild wurde zurückgeschlagen. — Die "Schlesische Zeit" meldet aus Berlin: Der Professor der Zoologie an der Universität Dresden Richard geht als Austauschprofessor an die Harvard-Universität nach Cambridge.

Gewerkschaftliches.

Die 13. Generalversammlung der Maler Deutschlands. findet gegenwärtig in Würzburg statt. Im Mittwochabend der Verhandlungen diente die Frage der Einführung der Erwerbslosenunterstützung stärker, mit der der Verband ja nicht zum ersten Male besteht. In der Urabstimmung im Jahre 1913 wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung mit 7344 gegen 7095 Stimmen verworfen; im Jahre 1906 stimmten 15.640 Mitglieder dagegen und nur 4739 dafür. Jetzt scheint die Stimmung umgedreht zu sein. Bei der Einführung der Erwerbslosenunterstützung und des Wochenbetrag um 25 Pf. erhöht und dieser Betrag ganz an die Hauptstädte abgeleitet werden. Einige Mitgliedschaften verlangen über diese Frage wiederum eine Abstimmung. Ein Antrag der Mitgliedschaften Breslau, Dresden, Düsseldorf, Heidelberg, Stettin, Stralsund und Wilhelmshaven verlangt die Verschmelzung des Maler-Verbands mit anderen Verbänden. Die Mitgliedschaften in diesem Verband begissen und betrug am Ende des zweiten Quartals 1911 45.316 gegen 41.882 Ende 1910. Das Verhältnis ist auf 1.300.000 M. angewachsen.

Die Bäder in Begegnung sind in eine Lohnbewegung getreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Locales.

Münster, 11. Mai.

Eine Fachschule der Buchdruckerei wurde am Montag im Fortbildungsschulgebäude eröffnet. Die Beteiligung war über Erwartungen groß. Es hatten sich fünfzehn Lehrlinge eingefunden, während bisher nur mit zehn gerechnet wurde. Es ist das ein erfreuliches Zeichen für das Interesse an der Schule. Zunächst werden Haararbeiten angefertigt. Den Unterricht erzielt Herr Größel.

Vergnügungsstraße nach Bothorn und Varel. Einem politischen Vorwurf macht ein Einleiter im Tageblatt der Mittwochs-Vergnügungsstraße, die alle acht Tage hier abwechselnd nach Bothorn und nach Varel abgeht, nach. Er meint sehr richtig, die Tage könnten hier Elsenstedt-Damm - Bothorn nach Varel geführt werden; zum wäre auch zugleich der Wohlstand leicht zu erreichen. Zug hätte dann an jedem Mittwoch Bothorn und Land als Ausflugsziel. - Diese für das Publikum sehr ansprechende Wiederholung würde leicht durchführbar sein und die Rundfahrt durch das abwechslungsreiche Vareler Land zwischen die Ausläger wohl gern mit ein paar Minuten späterem Eintritt am Endziel erlaufen, wenn sie Gelegenheit erhalten, jede Woche hinstromen zu können. Auch würde die Idee für die Sonntagsausfahrt erstaunlich sein.

In Varieté Edelweiss konzertiert bis zum 16. d. M. gegen Freitagsabend das Damen-Ensemble "Viktoria regia" im vorderen Saal, das sich allabendlich eines guten Zuspruchs erfreut. Am Freitag, Sonnabend und Sonntag finden im Saal cinematographische Vorführungen statt, die demonstrieren vom ganzen Ensemble begleitet werden, wodurch ein höheres Interesse an den Bildern dem Publikum entsteht wird. Aus dem reichhaltigen Programm, das vom Zeitabstand zur Vorführung kommt, werden wie besonders der internationale Ringlaufkonzert (Wolff Binger, u. a. der Meisterschaftsträger Hadenkmidt). Die Szenen werden besonders Sportfreunde interessieren. Ferner kommt Geisterkreis spannende Militärrätsel zur Darstellung. Sicher Schlager wurde in nur sehr beschreibbarer Anzahl gespielt. Weitere neuen wie die Erstverfilmung von Ballabance, aktuelle Szenen aus den Wirken von Marotto, Schellini zeigt uns das Kinotheater das Drama "Der Lüff", das Schild eines armen Mädchens. Auch gelegentlich prachtvolle Naturaufnahmen sowie humoristische Szenen zur Vorführung. Das Programm ist also recht abwechslungsreich und dürfte auch dem verhöhnten Geschmack entsprechen.

Wilhelmshaven, 11. Mai.

Marinenachrichten. Wie berichtet wurde, daß die hohe Reichswehr den Linienschiffbau "S." in Auftrag bekommen hat. Bei dieser Gelegenheit wird im Tägl. darüber, daß in den letzten zwanzig Jahren neun Linienschiffe hier gebaut worden sind, nämlich "Kurfürst Friedrich Wilhelm", das am 6. August 1892 zu Wasser gelassen wurde, ferner "Hagen" (21. Okt. 1893), "Kaiser Friedrich III.", "Ulm" (2. Juli 1897), "Kaiser Wilhelm II." (14. Sept. 1897), "Mittelbaden" (3. Juli 1900), "Schwaben" (19. Aug. 1901), "Hannover" (2. Dez. 1905), "Rheinland" (7. März 1908), und "Ostfriesland" (30. Sept. 1909). Eine gleich große Anzahl von Linienschiffen, so wird weiter berichtet, wie die Wilhelmshavener Werft hat in der gleichen Zeit nur die künstliche Germanianauerwerf in Kiel geliefert. Ihr am nächsten kommt der Stettiner Vulkan, dessen Hamburgs Filiale den Auftrag für "Heimdal" in Auftrag erhalten hat. Das Stettiner Etablissement lieferte sieben Linienschiffe.

An die Bejagungen der Kreuzer "Eber" und "Panther" kannen Privatpersonen zu den bekannten Verhandlungssachen nicht gehörig werden, wenn sie mit der Post porto und teilstelligkeiten bis spätestens 19. d. M. an die Firma Matthäus Rothe & Co. in Hamburg geliefert werden. Für die Verhaftungs- und Ladegeschäfte sind außerdem 30 Pf. bei der annehmenden Polizeihalt zu entrichten.

Eine Klage gegen den preußischen Justiz hat die Stadt Wilhelmshaven angestrengt. Nach einer Abmachung zwischen der preußischen und oldenburgischen Polizei müssen aus dem oldenburgischen Gebiet wohnhenden Prostituierten die auf Wilhelmshaven zur Kontrolle. Die Kranken befinden sich zur Heilung ins Wilhelmshavener Südbadische Krankenhaus. Ihre soziale Versorgung ist der Stadt nun in Summe von 3015 M. an Unkosten erwachsen, welche die Stadt von der Polizeiverwaltung bzw. vom preußischen Justiz zurückverlangt. Da der Justiz die Zahlung verweigert, so lagte die Stadt. Die Klage wurde aber vom Landgericht in Amtsgericht abgewiesen, da durch politische Überstellung der Kranken im Interesse der Öffentlichkeit noch keine Befreiung zur Zahlung für den preußischen Staat besteht. Die Frage, wer hier zu zahlen hat, hätte nicht die ordentlichen Gerichte zu entscheiden. — Gegen diesen Urteil hat die Stadt Berufung eingelegt.

Zur Förderung der Jugendfürsorge hat die Werft eine Lehrlingsvereinigung gegründet, die im Saale des Klein-Landesmuseumsaals tagt. Better ist Werftverwaltungsratschef. Dieser ist am Sonntag in der ersten Versammlung das Programm der Vereinigung entwölft. Es sollen danach Vorträge gehalten, praktische Unterweisungen in Gesetz- (sozialpolitische Vorschriften) und Bürgerkunde erzielt, volksökonomische deutsche Dichter gelesen und behrochen, ferner Volks- und Deutslandslieder gelungen und gespielt, sowie religiöse und gesellschaftliche Verteilungen religiösen und politischen Inhalts und vollständig ausgeschlossen. Es heißt, daß der Betrieb der Vereinigung ein freiwilliger ist; die Werft überdrusst seinen Zweck aus. Wenn harmoniert hierzu der Abschlag der Werft, daß die Werftlehrlinge ohne Genehmigung ihres Rechtdirektors einem Verein nicht angehören dürfen. Wie wissen, was mit dieser Verordnung bezweckt wird.

Die Stillekeit war in Gefahr. Beschlagnahmt wurde auf Anerkennung des Untersuchungsrichters beim Landgericht in Stuttgart in den bishen Buchhandlungen die Broschüre "Kultur und Nachkrieg", eine Forderung von Richard Un-

gewitter, mit 50 Abbildungen. Die Beschlagnahme gründet sich auf § 94 St.-P.-D. und § 184, Ziffer 1, R.-St.-G.-B. (Vertrieb unbilliger Schriften und Abbildungen). — Gott sei Dank! Wilhelmshaven ist gerettet!

Kulturarbeit. Die hiesige Schuhmannsfest ist mit Mehrdeutigkeiten, System Dreyse, ausgerüstet worden. — Die lädtischen Wälder haben neue Uniformen erhalten.

Die Seebadeanstalten werden Sonnabend für Damen und Sonntag für Herren eröffnet.

Während der Promenadenkonzerte in der Adalbertstraße Dienstags und Freitags nachmittags ist das Schaffen der Trottos genannte Straße mit Kinder- und Krankenwagen politisch verboten. — Auch sonst dürfen Kinder- und Krankenwagen auf Bürgersteigen und Fußwegen nur einzeln (nicht nebeneinander) gefahren werden und begegnenden Personen muss ausgewichen werden.

Aus dem Lande.

Nordenkirchen, 11. Mai.

Ein Menschenleben vernichtet gleich das erste Gewitter, das am Dienstag abend gegen 6 Uhr über die Gegend zog. Auf der Weide wurde der im besten Mannesalter stehende Landwirt H. Hinze. Beder in Binnau vom Blitz getroffen und sofort getötet.

Leer, 11. Mai.

Lohnbewegung bei der Firma A. Schreiber. In der gestern abend abgehaltenen Betriebsversammlung der Metallarbeiter obiger Eisenhütte wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Abfindung heute abend einzurichten, weil die Firma bzw. die Arbeitersorganisation, Verein der Eisenhüttenarbeiter für Oldenburg und Ostfriesland, zu Verhandlungen über den eingereichten Tarifentwurf nicht geneigt ist. Die Firma glaubt vielmehr, die vorhandene Missstimmung noch steigern zu dürfen durch folgende im Laufe des gestrigen Tages auf dem Werke angeschlagene Bekanntmachung: "Ich möchte nicht unverlassen, meine Arbeiter nochmals zur Ruhe zu einnehmen, und Sie auffordern, erfäßbare Forderungen zurückzulegen. Ein Streik würde vorwiegend von sehr langer Dauer sein und für viele von verhängnisvollen Folgen. Arbeiter, die den beide in Frage kommenden Verbänden nicht angehören, werden selbstverständlich weiter beschäftigt." Die Arbeiter sind fast sämtlich im Metallarbeiter-Verband organisiert, einige in anderen freien Gewerkschaften und zwei im christlichen Metallarbeiter-Verband.

Oberstein, 11. Mai.

Der Bund der Landwirte hat dieser Tage in Rosen bei Birkenfeld eine Vorstellung gegeben, welche die große Fertigkeit seiner Vorführer in demagogischen Ränken auf glänzend illustrierte. Vom ganzen Bürgertum waren sie zusammengekommen, die Getreuen, sonst wäre der Saal auch nicht voll geworden. Der Vorstehende, Landtagsabgeordneter Heinrich, der unlängst der Welt verkündet hat, daß er parlamentsmäsig sei, auch den Vorsteh der Birkenfelder Abteilung des Bundes der Landwirte niedergelegt, war nicht erschienen. Sein Stellvertreter präsideierte. Dann hielt der Landtagsabgeordnete v. Leuschow einen Vortrag über die politische Lage. Er ließ seiner reichen Phantasie freien Raum. Der schwarz-blauje Block sei ein Phantasiengilde und eine Lüge, um politische Kinder damit gründlich zu machen. Die größeren Handelsfamilien hätten sogar den Segen der leichten Finanzreform anerkannt. Dann trug er den Bauern die Wär vor von dem Bündnis der Sozialdemokraten, Freiheitlichen und Nationaldeutschen, dem der Bund der Landwirte gegenüberstehe. Mit Nationaldeutschen, die Freiheitlichen und Sozialdemokraten unterzogen, könne der Bund der Landwirte nicht mitgehen. Bei den Landtagswahlen dürfe man es aber nicht so genau nehmen. Da sei es nicht wohlbekannt, unter strenger parteipolitischer Flagge zu votzen. Am Schluß seiner Rede empfahl er folgende demagogische Resolution zur Annahme:

Die Jahresversammlung des Bundes der Landwirte im Bürgertum Birkenfeld dankt dem Vorsteher des Bundes der Landwirte für seine energische Vertretung des Interesses der gesamten Landwirtschaft und damit des ganzen Vaterlandes. Die Versammlung hält ein Zusammensein mit den Nationaldeutschen Wallermannscher Richtung bei den kommenden Reichstagswahlen für ausgeschlossen, da diese Richtung mit der Fortschrittspartei, den Verbündeten der Sozialdemokratie, zu enge Verbindung hält, als daß man sie als eine zuverlässige Vertreterin nationale Politik antreten könnte. Nur wenn die Ali-Nationaldeutschen eine reale Scheidung mit ihnen möglich seien. Sollte diese Scheidung nicht eintreten, dann wird der Vorstand beantragen, eine selbständige Kandidatur des Bundes mit der nationaldeutschen Wählerchaft zu fördern.

Rum müssen die Nationaldeutschen, was sie zu tun haben. In der Diskussion beschäftigte sich der Landtagsabgeordnete Mohr mit den Reden unseres Genossen Hug in Birkenfeld. Dieser hat nämlich gesagt, die Wähler sollten bei der nächsten Wahl sagen: "Du Mohr, du hast deine Schuldigkeit getan — im Interesse des Bundes der Landwirte, du kannst gehen." Daher ihm diese Empfehlung nicht gefallen hat, kann man sich denken. Schlechtlich wurde noch beschlossen, an den Bundesvorstand Müller-Kühnern, der schwer krank in Neuheim liegt, ein Begehungstelegramm und an den alten Herrn in Oberhomburg ein Dankestelegramm zu senden. Dann wurde die Komodie zu Ende.

Aus aller Welt.

Ballonexplosion bei der Landung. Zwischen Reckberg und Göppingen in Württemberg ereignete sich ein eigenartiger Ballonunfall. Einem Telegramm zufolge explodierte dort ein in Gestalt eines Augsburgs mit drei Insassen aufgestiegener Ballon, als er landen wollte. Die Ballonhülle wurde vernichtet, die Insassen blieben unverletzt. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

Theaterbrand in Edinburgh. Nach Schluß der Vorstellung brach im Empire-Palace-Theater Feuer aus, das mit Schnelligkeit um sich griff. Mehrere Personen sind umgekommen. Es wird gemeldet: Die verlorenen Überreste des Darstellers Lafayette wurden neben dem Radader seines Pferdes gefunden; er wurde Dienstag abend während des Feuers außerhalb des Bühnenbühne gelegen, aber es scheint, daß er in das brennende Gebäude zurückgegangen ist, um Pferd und Hund zu retten. Einige brennende Draperien waren unter den eisernen Vorhang geraten und verhinderten Feuer, das dieser bis zum Boden herunterging. Diese Rauchwolken drangen in den Zuschauerraum. Wilde Verwirrung herrschte, als die Angestellten des Theaters und die Feuerwehr versuchten, das Feuer zu unterdrücken. Die Schauspielerinnen flüchteten in ihren Kostümen auf die Straße, andere blieben in ihren Aufzugsräumen; obwohl die Flammen sie nicht erreichten, wurden doch einige vom Rauch erstickt aufgefunden. Bis 11 Uhr vormittags waren elf Leichen

verbrennen. Der Verlust geht in die Hunderttausende. Bei Plönitzow wurden große Bauholzstapel eingeholt.

Kleine Tagesschau. In einer Regenzone ertrankte sich in Verdun die Tochter eines höheren Beamten in einem Anfall von Taubheit. Nach Unterbringung von ca. 100.000 M. wurde ein 21-jähriger Angestellter der Mitteldeutschen Bank in Koblenz verhaftet. Der junge Mann hatte das Geld verschwendet. — Bei Kleinembden in der Nähe von Erfurt (Hessenland) fand ein Kleinmutter statt, wobei ein deutscher Arbeiter getötet und ein Italiener tödlich verletzt wurde. Zwei andere Arbeiter erlitten Knorpelbrüche. — Im Street erhob in der Truhenfahrt ein Bauer aus Unkel den Befreiungsbund. Dies in Bingen (Rheinland). — Durch einen Heidebrand wurden bei Wiedenhausen 600 Wagen Wald und Moor zerstört. — Bei der Gemeinde Suer wurde ein obdachloser Arbeiter Langewisch, der sich auf dem Gelände des Gehwegs Schloss niedergelassen hatte von diesem in Tode gesetzt. Der Täter wurde verhaftet. — Auf den Höhen des Schwarzwalds fiel am Montag Schnee. — Auf der Autobahn nach Stuttgart nördlich von Stuttgart-Zuffenhausen kam es zu einem schweren Unfall, bei dem ein Auto in einen LKW krachte. Der Fahrer wurde schwer verletzt. Die beiden anderen sind unverletzt geborgen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Mai. In der Reichstagskommision zur Beurteilung der elsässisch-lothringischen Verlösung wurde heute in der Gesamtstimme die Vorlage mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Johannesthal b. Berlin, 11. Mai. Der Flieger Buse-müller flog mit seinem Eindecker im Nebel über die Barriere gegen das alte Posthaus. Er wurde so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb. Sein Eindecker wurde stark beschädigt.

Hamburg, 11. Mai. Ein Blitzeinschlag hat die Neuen-gemommene Erdgasquelle wieder entzündet.

Dresden, 11. Mai. Die Lohnbewegung der sächsischen Bergarbeiter ist vertrag. Eine im Oelsitz-Ugauer Bezirk abgehaltene Zusammenkunft der Adeltrauschkäufe und Schachtdisponenten hat beschlossen, an den Forderungen zwar festzuhalten und in Kampfstellung zu verharren, aber vor Aufnahme des Kampfes erst abzuwarten, ob die Verhandlungen ihr Vertragen, bei günstiger Konjunktur die Löhne aufzubessern, innehalten werden. Wenn es nicht der Fall ist, soll der Kampf mit den äußersten Mitteln durchgeführt werden.

Dortmund, 11. Mai. Das Schwurgericht verurteilte den Kohlearbeiter Jakubowsky wegen Raubmordes zum Tode.

Nehrbach (Schlesien), 11. Mai. Beim Zuwerfen von Gaspatronen, die für die Reichsbank bestimmt waren, wurde ein Polizeihäser am Unterleib getroffen und tödlich verletzt.

Paris, 11. Mai. Der Sozialistbund der Seine nahm in seiner Versammlung eine in den höchsten Ausdrücken geführte Tagesordnung gegen die Marokkopolitik der Regierung an.

Petersburg, 11. Mai. Die Reichsduma bewilligte einen Kredit von 4 Millionen Rubel zur Bekämpfung der Cholera und der Pest.

Rom, 11. Mai. Heute früh stiegen zwei Gläserzüge zusammen. Drei Personen wurden getötet, eine schwer verletzt; drei Wagen zerstört.

Charbin, 11. Mai. Zur Bekämpfung des Thungusen-ausstandes werden vier chinesische Divisionen aus dem Be-zirk Porting-Tu nach der Mandchukuo übergeführt.

Porto (Portugal), 11. Mai. Die Hasenarbeiter sind in einem Streik getreten. Der Schiffsgärtnerverband ist eingestellt.

El Paso, 11. Mai. Die ausländischen machten nach der Einnahme von Juarez zahlreiche Gefangene. Der Ver-schlechterer der Regierungstruppen Narro ergab sich den Ausländern.

Briefkasten.

S. 1345. Wenn ein Redakteur auch vieles wissen muß, ist es ihm doch nicht möglich, auf alle Fragen Antwort zu erstellen. Um den Namen eines Kaufzeichnisses und dessen Rechte zu erhalten, wenn Sie sich am besten an einen Bremer Großkaufmann oder Reeder.

Weiterbericht für den 12. Mai.

Waren, wechselseitige Bewilligung, Schwachwönd, Reichswelle Ge-walt, kostet trocken.

Gremialpolitisches Redakteur: S. Jacob, Verlag von Paul Hug, Notationsdruckerei von Paul Hug & Co. in Münster.

Hierzu zwei Beilagen.



Wohlfeile Tage für Wäsche und weiße Waren

Von heute ab gelangen in meinen Geschäften Bismarckstr. 97 und Wilhelmsh. Strasse 32
grosse Posten

Damen-Leibwäsche aller Art zu Ausnahme-Preisen

zum Verkauf. — Ferner grosse Quantitäten:

Batist-Taschentücher	1.10	Deckchen	1.35	Spitzen und Einsätze	2.90
mit Hohlsaum 1/2 Dutzend		mit breiten imit. Klöppelspitzen und Filet-Einsätzen 50 cm □ 0.95 60 cm □		Tull und Valenciennes Stück 11 Meter M 0.50 bis	
Taschentücher	0.85	Kissenbezüge	2.40	Madapolam-Festons	1.00
mit Lanquette und einer hand- gestickten Ecke, 3 Stück		in verschiedenen Ausführungen, per Stück M 0.75 bis		diverse Muster Stück à 4 1/4 Meter	

Nur solange Vorrat! — Beachten Sie meine Fenster!

Wilhelmshaven. B.v. d. Ecken :: Rüstringen. ::

Bürgerverein Nenende.
Sonnabend den 13. Mai,
abends 8 Uhr:

Versammlung
im Küstenspiel Hof.
Der Vorstand.



**Freie Turnerschaft
Sande**
und Umgegend
Freitag den 12. Mai d. J.,
abends 8 1/2 Uhr:

Monats-Versammlung
bei J. G. Rohlf.
Wegen dringender Tagesordnung
ist das Erscheinen sämtlicher Mit-
glieder dringend erwünscht.

Der Vorstand.

**Soziald. Volkverein
für die Stadt Varel.**
Sonnabend den 13. Mai,
abends 8 1/2 Uhr:

**Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung**
im Hof von Oldenburg.
Tagesordnung:
Brotverzehller und Arbeiterdöñe.
Die Mitglieder werden erzucht,
zahltrekt zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Sozialdem. Wahlverein
für die Landgeme. Varel.**
Sonnabend den 13. Mai,
abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
im Fürsten Blomard zu
Dangastermoor.

Wichtige Tagesordnung!!
Allzeitigen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Hypotheken- u. Betriebskapital pp.
d. d. Credit- und Commissionsbank,
Hamburg, Rödingsmarkt 3.

Zu Leihen mehrere
grössere Kapitalien

zu 4 1/4 Prozent.

B. H. Bührmann.

Banter Konsum- und Sparverein

e. G. m. b. h., Bant.

Die geehrten Mitglieder werden dringend erzucht,
monatlich die kleinen Marken gegen grössere in den Ver-
kaufsstellen umzutauschen.

Der Vorstand.

— Die —
Maimarken-Ablieferung
findet am Sonnabend den 13.
Mai., abends 8 1/2 Uhr, bei Hahn
land, Grenzstraße statt.

Die Wahlleiter-Kommisso-

** Deutscher **
Metallarbeiter - Verband
(Rüstringen-Wilhelmshaven)
Sonntag den 14. Mai c.

findet die Wahl von

drei Delegierten
zum Gewerkschaftskongress

in Dresden statt. Für den Sitz
der heisigen Verwaltungsstelle ist
zwei Wahllokale, "Zedernhof"
"Zivoli" und "W. Halbwand
Grenzstraße 38, bestimmt.

Die Wahl findet von vormittags
10 Uhr bis nachm. 4 Uhr fort
und erlaubt hieran wie die Kollegen,
vollzählig hieran zu beteiligen. Das
Mitgliedsbuch ist zur Legitimation
mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

** Deutscher **
Bauarbeiter - Verband
Zweigverein Wilhelmshaven.
Freitag den 12. Mai d. J.,
abends 8 1/2 Uhr:

Delegierten-Sitzung
bei Halbwand, Grenzstr. 38

Pflicht eines jeden Kollegen
es, dafür Sorge zu tragen, daß der
Bau resp. Arbeitsstelle vertreten
Der Vorstand.

Eala freya Fresena
Morgen Sonnabend
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
im Vereinslokal Colosseum.
Der Vorstand.

Konserden!

Extra-Preise!
Freitag :: :: Sonnabend.

Brech- und Schnittbohnen	2 Pfd.-Dose 26 Pf.
Junge Erbsen	2 Pfd.-Dose 35 und 50 "
Leipziger Allerlei	2 Pfd.-Dose 42 und 65 "
Erbsen mit Karotten	2 Pfd.-Dose 45 "
Spinat	2 Pfd.-Dose 38 "
Grosse Bohnen	2 Pfd.-Dose 55 "
Weiss- und Braunkohl	2 Pfd.-Dose 30 "

Gemüse- und Brechspargel mit Köpfen
2 Pfd.-Dose 80 90 1.00

*** Kaufhaus ***

J. Margoniner & Co.

Marktstrasse 34 :: Gökerstrasse 8.

Die Kommission will es statt dessen der Landesgelehrten überlassen, die Landeskantonsen für bestimmte Gebiete auszuführen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will auch hier die Vorlage wieder herstellen.

Abg. Mollenbuhr (Soz.):

Auch hier hat die Kommission eine Wiederherstellung beschlossen. Alle diese Stimmungen wären ja überflüssig, wenn die Landeskantonsen etwas anderes wären, als eine minderwertige Organisation. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Weil die Landeskantonsen aber höchst minderwertig sind, weil sie den Verhältnissen jede Teilnahme an der Bewältigung der Kosten versagen, haben wir kein Interesse daran, die Aufschließung dieser Landeskantonsen zu erlauben. Wie beantragen daher Wiederherstellung der Regelungsvorlage. (Wortlos bei den Soz.)

Gegen Sozialdemokraten und Fortschritter wird der Antrag Albrecht abgelehnt.

Durch § 228 wird die Errichtung von Landeskantonsen mit unter 500 Mitgliedern ausgeschlossen.

Die Kommission will Landeskantonsen bis zu 250 Pflichtmitgliedern herunter zulassen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Mollenbuhr (Soz.):

Auch hier dasselbe Bild. Die Kommission hat die schlechte Regelungsvorlage noch verschärft. Durch Heraushebung der Pflichtmitglieder sollen die schlechten Landeskantonsen noch leistungsunfähig gemacht werden. Wie beantragen, wenigstens die Wiederherstellung zu bestätigen. (Wortlos bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 245 bestimmt, daß Mitglieder der Landeskantonsen auch die Dienstboten, die Haushaltshilfsbediensteten sowie die in der Gastronomie, im Fleischholzhandel, in der Park- und Gartenspeise-Beschäftigten sein sollen.

Abg. Albrecht (Soz.):

Begründet einen Antrag, wonach nur Personen, die in der Landwirtschaft oder in der Gewerbeleistung der Landeskantonsen oder im Handelsgewerbe beschäftigt sind, Mitglieder von Landeskantonsen werden dürfen. Die Abstimmung hat noch eine ganze Anzahl anderer Ratsgruppen wie Zunftmeistern und Haushaltshilfsbediensteten in die Landeskantonsen gestellt, um diese lebensfähig zu machen, also um den Agrarstaat einzugrenzen. Dabei sind die Haushaltshilfsbediensteten zum weitaus größten Teil in Städten beschäftigt. Weiter befürwortet Albrecht einen Antrag, wonach die Tieflohn des Bundesrats, noch weitere Kategorien in die Landeskantonsen aufgenommen, gestrichen werden soll.

Abg. Tegeler (DP.) tritt gegen jede Nachschärfung der Landeskantonsen ein.

Unter Ablösung der Sozialdemokratischen Anträge tritt das Haus des Kommissionsberatungsrates bei und vertritt die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß § 24.

Berichtigung. Im letzten Bericht ist durch einen Schreibfehler die Rede des Abg. Kunze - Steinlin (Soz.) zu § 201 dem Genossen Büffold zugeschrieben.

Parteinaachrichten.

Ein zweiter Prozeß gegen den „Wahren Jacob“. Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Wahren Jacob“, Genossen Heymann, schwört außer dem vor dem Stuttgartischen Schwurgericht anhängigen Prozeß wegen Verbreitung unbedingt unzulässiger Bilder in der sogenannten Katholikentags-Rummen, der wegen der Immunität des Angeklagten als Mitglied des Württembergischen Landtages verurteilt werden mußte, noch ein zweiter Prozeß wegen Beleidigung des Benefiziaten Schramm in Gander.

Die Verhandlung in diesem Prozeß ist auf den 24. Mai anberaumt worden und findet vor dem Schöffengericht in Landau a. D. statt. Das Vergehen des Angeklagten besteht in der Veröffentlichung eines Gedichtes „Das Mutterland“, in dem ein intimer Schuhtriebsleben des Benefiziaten verherrlicht wird. Mitangeflagt sind noch zwei Redakteure der „Münchener Post“, die Genossen Gruber und Krauth, ferner das Fr. Uta Grubauer, die schiere Haushaltshilf des Benefiziaten.

Die Erfurter Staatsanwaltschaft im Kampfe gegen die „Tribüne“. Die Erfurter Staatsanwaltschaft hat unterem Parteiblatt, der „Tribüne“, in letzter Zeit mit Strafklagen aller Art das Leben schwer zu machen verucht, sich dabei allerdings auch einige recht empfindliche Schläppen geholt. Vor kurzem wurden zwei angebliche Streitbrecherdelikte in Verbindung mit dem Vergehen gegen den § 153 der G.O. anhängig gemacht. In dem einen Falle konnte die Staatsanwaltschaft die Klage auf Grund des § 153 nicht aufrecht erhalten; dafür wurde wegen Beleidigung durch den Ausdruck „Rausreisende“ auf vier Wochen Gefängnis erlassen. Im zweiten Falle erhielt Genosse Pöggel wegen Vergebens gegen den § 153 am Dienstag einen Monat Gefängnis, trotzdem die als Zeugen der Staatsanwaltschaft geladenen drei Kläger in der Hauptverhandlung den Strafantrag zurückzogen. In beiden Verhandlungen konnte festgestellt werden, daß die Kläger zur Klagestellung veranlaßt worden waren.

Gewerkschaftliches.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1910. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veröffentlichte jedoch den Jahresabschluß für 1910, aus dem sich ergibt, daß der bekannte Verband auch im Vorjahr wieder einen gewaltigen Schritt vorwärts getan hat. Der Verband zählte am Jahresende 165 042 Mitglieder, davon waren 5040 weibliche und 613 jugendliche. Das ist gegen das Vorjahr ein mehr von 10 935 männlichen, 1836 weiblichen und 444 jugendlichen Mitgliedern. Ein Neuauftreten waren 49 771 zu verzeichnen. Da die wirkliche Mitgliederzunahme nur 13 215 beträgt, sind 36 556 Mitglieder durch Austritt, Todessall oder Streichung dem Verband wieder verloren gegangen. Diese Zahlen beweisen zwar, daß die Zulassung der Mitglieder stetig abnimmt, die Zahl derer, die den Verband nur als Durchgangsstation benutzen, ist aber immer noch recht groß. Der Holzarbeiterverband ist Industrieverband, er umfaßt eine ganze Anzahl von Berufen und lebt sich seine Mitgliederzahl nach Berufen geordnet wie folgt zusammen: Blasenmacher 3780, Drechsler 5006, Stochardarbeiter und Schmiede 2108, Knopfmacher 1975, Rammacher 906, Korbmacher 2269, Körnerschmiede 270, Stellmacher 4773, Töpfer 32 487, Klauberschmiede 10 049, Stahlbauer 2359, Polierer 6145, Modellmischer 5043, Schiffsärmel und Zimmerer 2576, Porzellanmischer 1091, Vergolder 2229, Molchinenarbeiter 11 545, Bonitätenmacher 223, Altenmacher 2526, Dosek 7682.

Die Kassenbilanzen des Verbandes haben gleichfalls eine erfreuliche Verbesserung erfahren. Das Vermögen der Hauptstiftung im Berichtsjahr von 1 977 235 auf 2 917 132 M., also um 939 896 M., dazu die Bestände in den Gunder und Postkassen ergibt ein Gesamtvermögen von 4 606 117 M. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben balancieren in der Jahresrechnung mit 934 1550 M. Von den Einnahmen sind zu erwähnen: 3883 008 M. Mitgliederbeiträge, 75 082 M. Zinsen von Kapitalien und 593 379 M. Extrabeiträge. Die Konzession des Arbeitgeberhausbundes der Holzindustrie zu Anfang vorigen Jahres, durch die die Holzarbeiter veranlaßt wurden, dem Kampfonds gehörende Mittel zuzuführen, hat also eine günstige Wirkung ausgeübt und der Verbandskasse ein größeres Plus gebracht. Der Rest der Wachtmahmen dürfte auf Konto des seit 1910 durchgeführten Beitragsabzugs zu stehen sein.

Von den Ausgaben sind aufzuführen: Renteunterstützung 104 389 M., Arbeitslosenunterstützung 665 999 M., Krankenunterstützung 579 314 M., Gemahrentenunterstützung 39 383 M., Unterstützung in Sterbefällen 51 782 M.

Diese Beträge bewegen sich ungefähr in der gleichen Höhe wie im Vorjahr. Eine Ausnahme macht nur die Steuerunterstützung, die im Berichtsjahr 905 336 M., also nahezu eine Million erforderte. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 331 186 M. Freilich brachte das Jahr 1910 dem Holzarbeiterverband auch mehr Lohnbewegungen als eines der Vorjahre. Wurden doch 1174 Bewegungen mit 106 011 Beteiligten durchgeführt und zwar waren 338 Angriffstreits, 126 Abwehrstreits, 40 Ausperrungen, 608 Angriffe ohne Streiks und 62 Abwehrungen ohne Streiks zu zählen. Als Erfolg dieser Bewegungen ist zu verzeichnen für 51 151 Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 1,7 Stunden pro Woche und für 87 386 Personen eine durchschnittliche Lohnverhöhung von 1,84 M. pro Woche. Das in den Mitgliederbeiträgen aufgebrachte „Kapital“ hat also den Holzarbeitern reichliche Zinsen gebracht.

Der Buchbinderverband im Jahre 1910. Bei der starken Verbreitung der weiblichen Arbeitskraft in der Buchbinderei und den verwandten Gewerben ist die starke Zunahme der weiblichen Verbandsmitglieder besonders erfreulich. Im Berichtsjahr hat der Verband 1 519 männliche und 3 271 weibliche Mitglieder gewonnen, und er hat mit insgesamt 28 704 Mitgliedern eine Höhe erreicht wie nie zuvor.

Der Kampf um Verbesserung der Arbeitszeit wurde in besonders witziger Weise geführt. Für 4 719 Arbeiter und Arbeitnehmer wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 7 943 Stunden pro Woche erreicht, Lohnverhöhung wurden für 7 646 Personen mit 594 776 M. pro Jahr erzielt; durch Abwurfbretter wurde eine Lohnherabsetzung für 133 Personen um 261 M. pro Woche verhöhlt. Diese Erfolge übertragen die der letzten sechs Jahre. In den sechs Jahren 1905 bis 1910 wurden 1 433 234 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1 440 035 M. Lohnverhöhung erreicht. Der Verband ist in 103 Töpfereien, die für 1 754 Betriebe mit 23 562 Personen Gültigkeit haben; die Buchbinderverbande ist mit 59 Töpferei für 1 413 Betriebe mit 16 519 Personen am stärksten daran beteiligt, die anderen verteilten sich auf die Nebenbranchen. Nein abgeschlossen wurden im Berichtsjahr 59 Töpfe für 919 Betriebe mit 8 954 beschäftigten Personen. Für diese wirtschaftlichen Römme hat der Verband rund eine Viertelmillion Mark aufgewandt.

Außerdem wurden nahezu 200 000 M. an Unterstützungen ausgetragen. Davon entfielen 100 000 M. auf die Unterstützung Arbeitsloser und 70 000 M. auf Krankenunterstützung. Mit diesen Erfolgen des Jahres 1910 hat der Verband das zweite Vierteljahrhundert seines Bestehens verhängnisvoll angefangen.

Zum Streit der Bäder und Konditoren in Hamburg-Altona-Wandsbek. Seit dem Jahre 1898 haben die Hamburger Bäder und Konditoren nicht mehr zur Waffe des Streiks greifen müssen, um sich ihre Forderungen zu erkämpfen. In den Lohnbewegungen des letzten Jahrzehnts gelang es stets, ein triebliches Überkommen zu treffen und die Entwicklung des Gewerbes hat infolge dieser Ueber-einkommen im genannten Süddiegeteile durchaus keinen Schaden gelitten, sie hat vielmehr eine Höhe erreicht, wie in keiner anderen Stadt Deutschlands. Die Hamburg-Altonaer Bäderbetriebe sind heute mit wenigen Ausnahmen mit allen Mitteln der modernen Technik ausgerüstet und ihre Leistungsfähigkeit eine enorme. Aber auch an die Arbeiter werden in diesen Betrieben die höchsten Anforderungen gestellt und man kann es ihnen nicht verdenken, daß sie jetzt nach vierjähriger Taxifahrer und besonders im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Versteuerung der Lebenshaltung ihren Lohn zu verdoppeln trachten. Doch war für die Hamburger Bäder und Konditoren dies noch nicht einmal die Hauptlade. Sie wollten ihn nur einen freien Tag in der Woche haben. Bis jetzt hatten ihn nur die Arbeiter in Betrieben mit über fünf Sessellen. Sie forderten weiter die Achtfundenarbeitszeit in allen Betrieben mit Wechselseitigkeit; eine Herauslösung der Arbeitszeit auf zehn oder neun Stunden werde betriebs-technisch viel größere Schwierigkeiten machen, bei achtstündiger Arbeitszeit kann der Betrieb ununterbrochen mit drei Schichten arbeiten. Außerdem sollen der Kost- und Logiszwang, der noch vereinzelt im Hause des Arbeitgebers antrifft, vollständig beseitigt werden. Diesen prinzipiellen Forderungen gegenüber verhielten sich die Innungen, deren Führer ein Herr Blümlein, im Nebenname zweiter Vorsitzender des Hamburger Stadt- und Staatsparlamentes, der Bürgerschaft in Händen hat, nur wenig zugänglich. Für Betriebe unter fünf Sessellen wurde der freie Tag und für die Großbetriebe die Achtfundenarbeitszeit abgelehnt. Um hartnäckigen vereinzeltigen die Innungsführer mehrwöchigerweise die Großbetriebe, obgleich doch jede Arbeitszeitverkürzung in einem solchen den Kleinbetrieben nur nützen könnte. Für fiktiv-fiktive Zugehörigkeiten in Bezug auf die Arbeitszeit, für die Gewährung einiger Tage Ferien in den Kleinbetrieben und für eine ungünstige Lohnzulage geht und 1914 wollten sie einen Taxifahrer bis zum Jahre 1916 haben oder sogar bis 1917 (!), wenn

1913 und 1915 Zwischenzulagen erfolgen. Für solche zu gebote waren die Bäder und Konditoren natürlich nicht zu haben und die Verhandlungen scheiterten. Am Sonntag den 7. Mai wurde darauf mit 1311 gegen 30 Stimmen beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen. Bis zur Eröffnung logen schon 120 Bewilligungen für 700 Arbeiter vor und am 10. Mai hatten bereits 300 Betriebe mit circa 1200 Beschäftigten kapituliert. Damit befinden sich auch mit wenigen Ausnahmen die Betriebe in Wandsbek. Um den Rest wird allerdings ein schwerer Kampf geführt werden müssen und deshalb wird dringend eben jährlicher Zugang von Bädern und Konditoren in das gesetzliche Gebiet auf das strengste fernzuhalten!

Zweihundert Holzarbeiter haben in Worms die Zulage niedergelegt; die übrigen haben zum kommenden Sonntag gekündigt.

Aus dem Lande.

Fedderwarden, 11. Mai.

Die Arbeiter-Kaufsack männlichen und weiblichen Geschlechts werden auf Sonnabend abend 8 Uhr zu einer Versprechung in der Wirtschaft des Herrn Böck zu Antrum eingeladen, um die Gründung eines Arbeiter-Kaufsackvereins in die Wege zu leiten.

Dangastermoor, 11. Mai.

Der Sozialdem. Wahlverein für die Landgemeinde Barel hält seine Monatsversammlung am Sonnabend ab 8½ Uhr im „Fährten Bismarck“ ab, worauf die Mitglieder aufmerksam gemacht werden.

Barel, 11. Mai.

Die Paul- und Alauensehne ist im heiligen Lande bestigt teilweise erloschen, in Jaderberg greift die Rente nicht weiter um sich, so daß der Verband ebenfalls bald seine Reisenfrei erklärt wird und Märkte wieder abgehalten werden können.

Die Bauarbeiter haben wiederum ihr Beil zum rohr, indem sie einen Teil der Beilung des Holzhofes Haase angekauft haben. Das angelauft Gründlich legt den Hanfwerkern gegenüber und soll angeblich zur Erbauung von Beamtenwohnungen dienen. Die an der Ammühlenstraße liegenden beiden, die Hanja gehörenden Wohnhäuser werden gegenwärtig niedrigeren, um Platz für Vergrößerung der Fabrik zu schaffen.

Oldenburg, 11. Mai.

Vier Stunden ohne Bezahlung arbeiten müssen die Arbeiter des südlichen Gas- und Wasserwerks beim regelmäßigen Schichtwechsel an den Sonntagen. Die Arbeiter der Leute am Feuer beträgt acht Stunden; tritt der Schichtwechsel Sonntags ein, so müssen die Arbeiter zwölf Stunden arbeiten, erhalten jedoch nur den Lohn für acht Stunden und 95 Pg. Aufschlag für die Sonntagsarbeit. Die Wohnungsfeste der vier Stunden wird der Stadt nicht bezahlt. Ein Schaden der Arbeiter, die vier Stunden zu bezahlen, ist von der Gas- und Wassercommission des Stadtrats abgelehnt worden.

Forschungsreise nach Ostasien. Der heilige Priester gelehrte der Zoologie Dr. von Buttel tritt im Auftrage der Königlichen Preußischen Akademie der Wissenschaften nach Ende dieses Jahres eine Forschungsreise nach Ostasien an, die ihn in die Urwälder des Himalaya, Ceylon, der Halbinsel von Malakka und vielleicht auch in das Innere von Java oder Sumatra führen wird.

Gütter Schmiede. Die Großherzogliche Maschinenfabrik erläutert folgende Bekanntmachung: Gemäß des Gesetzes vom 11. Februar 1908, bei dem das Holzbefüllungsgesetz, findet am 30. Mai d. J., vorm. 10 Uhr, in der Großherzoglichen Maschinenfabrik zu Oldenburg eine Prüfung der Holzbefüllungsschmiede statt, an welcher auch junge Huschsmiede nehmen können, die nicht durch eine Huschsmiede oder eine Fachschule vorgebildet sind. Sie müssen aber mindestens 19 Jahre alt sein, eine ordnungsmäßige Lehrzeit durchgehabt haben (4 Jahre), während der letzten 3 Monate im Herzogtum gearbeitet und sich nicht innerhalb der letzten 6 Monate erfolglos einer Prüfung unterzogen haben. Die Prüfungsfälle betragen 10 Mark, jedoch wird sie im Bedürfnisfall ganz oder teilweise erlassen. Geburtschein und Abzeuge sind bis zum 20. d. M. einzurichten.

Augustusburg, 11. Mai.

Der Sozialdem. Wahlverein hält Sonntag den 14. Mai abends 7 Uhr seine Monatsversammlung im Germanischen Hof zu Hengstforde ab. Da die Tageordnung eine recht wichtige und wichtige ist, so werden sämtliche Mitglieder erlaubt, zu dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.

Delmenhorst, 11. Mai.

Die Schultüche des Frauenhilfswerkes ist vom Senat des Reichsgerichtsgebäudes nach „Große Kneipestraße“, in das Haus des Herrn Kaufmann W. Mühlenbrodt verlegt worden. Die Verlegung war notwendig, weil die bisherigen Räume den Anforderungen nicht genügten und um anderthalb Etagenungen des Betriebes die Schultüche seitens der Leitung der Realküche ein Ende zu machen. Es wäre wünschenswert, wenn noch mehr wie bisher Schultüchen den Haupthaltungsküchen beiwohnen, um sich so die ersten praktische Kenntnisse für ihren späteren Lebensberuf anzuregen.

Großbünd. Ein weiterer Theater-Abend des Großenbündes findet am Montag den 15. Mai, abends 8½ Uhr in Sudmanns Hotel statt, an dem durch Mitglieder des Bremer Schauspielhauses das Sudermanntheater „Das Glück im Winkel“ aufgeführt wird. Räume sind dort in den Buchhandlungen zu haben (Siehe Anzeige).

Berne, 11. Mai.

Durch Blitzeinschlag entzündet und eingeschont wurde am Dienstag abend das Haus des Dachdecker Langen in Hiddigwarden. Das Haus war mit Stroh gedeckt und ein im Jahre 1901 erbaut. Außer dem Vieh wurden nur die Betten und etwas Wäsche gerettet. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

2. Beilage.
25. Jahrg. Nr. 110.

Norddeutsches Volksblatt

Freitag
den 12. Mai 1911.

Reichstag.

III. Sitzung. Mittwoch, den 10. Mai, 1 Uhr.
Ein Bundesordnung: Dr. Delbrück.

Die Bevölkerung des

Reichsversicherungsbundes.

Eine Berichtigung bei § 250 der Verhinderung für die Zulassung besonderer Ortskonferenzen enthalten.

Abg. Leber (Soz.):

Die Konferenzen dieser Paragraphen verhindern die Bezeichnungen der Ortskonferenzen. Auch die Allgemeine Betriebsklausur hat das getan. Der Regierungsentwurf schreibt als Mindestzahl einer besondren Ortskonferenz im § 250 500 vor und gab im § 251 der obersten Verwaltungsdirektion die Befreiung in Beiträgen mit über 200 000 Einwohnern die Mindestzahl der Mitglieder auf 6000, in Beiträgen mit über 500 000 Einwohnern auf 10 000 zu erhöhen. Diese Verhinderungen hat die Kommission gleichfalls als Mindestzahl von 500 beibehalten und die Regelung als so noch erheblich verschärft. Wenn untere Verhinderungsklausur abgestimmt werden, so wird hoffentlich die Regelungsschärfe wieder hergestellt.

Berichterstatter Abg. Herr (Soz.): Es handelt sich ja nur um die Bezeichnungen besonderer Ortskonferenzen. Auch die Kommission in dem § 250 für die Heraushebung der Mindestzahl der Mitglieder als Aquivalent die Bedingung für die Bezeichnung besonderer Ortskonferenzen hinzufügt: „wenn die Bezeichnungsfähigkeit wieder hergestellt.“

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Ortskonferenzen haben keine zu machen, als sie der Regierungsentwurf vorsieht, ist ein falsches Bild. Wie kann man größere Verhinderungen der kleinen Ortskonferenzen wenn man keine Verhinderungen der großen Ortskonferenzen im § 250? Ich fordere noch die Regierungserklärung, da deren Zahlen doch nicht absolut geprägt sind sondern der Erreichung entsprechen. Größtenteils sollt du gegen die leichtfertige, unrichtige Behauptung des Referenten, daß der Satz im § 250, der es vorhin erwähnt hat, von der Kommission als Aquivalent für die Herausbildung der Sätze gedacht war.

Die §§ 250 und 251 werden unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags angenommen.

§ 250 sieht die allgemeine Ortskonferenz als gefährdet an, wenn ihre Zahlungsfähigkeit besonderer Ortskonferenzen nicht mindestens 500 Mitglieder verfügt.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will hierfür, wie die Regierungsvorlage, 1000 setzen.

Abg. Mollenbühn (Soz.):

Ich bedauere, daß der Referent nicht auf die Vorwürfe des Regierenden Doms geantwortet hat. — § 253 ist ganz überflüssig, wenn die Kommissionserlassung bleibt, denn es muß schon sehr merkwürdig aussehen, wenn die Mitgliedszahl der Ortskonferenzen bis zu 250 fällt. Wer etwas von Dingen weißt, muß darüber läden, man alles in ein soziales Recht hineinbefreien wird. (Zustimmung durch den Sozialdemokraten.)

Berichterstatter Abg. Herr (Soz.): Ich muß mich entschieden gegen den Vorschlag der leichtfertigen Versicherungserklärung verneinen. Ich habe auf die zitierte Zustimmung im § 250 lediglich als Aquivalent für die Heraushebung der Mitgliedergesetz hingewiesen.

Abg. Hoch (sozialistisch): Ich habe die Worte des Referenten so wiedergegeben, wie er sie gefunden hat.

§ 253 wird in der Kommissionserlassung angenommen.

§ 257 enthält Verhinderungen über die Betriebsklausuren.

Abg. Emmel (Soz.):

Wir beantragen, den § 257 und damit die Betriebsklausuren, falls vorliegen zu streichen. Sollten Sie diesen Antrag ablehnen, so beantragen wir, dem § 27 die Fassung zu geben: „Wo im Infrastruktur dieses Betriebes Betriebsklausuren bestehen, die mindestens 500 verhinderungspflichtige Mitglieder haben, werden sie auf Antrag als Konferenzen zugelassen, solange die den Antragernungen des § 250 entsprechen.“

Um jedoch, wie ja die Regierung vorgeschlagen hat, die Betriebsklausuren abzuschaffen, müssen wir noch

an den § 257 einen Antrag stellen, um den Antrag zu unterstützen.

Unter Abstimmung aller Abstimmungsabstände wird § 257 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 257 bestimmt nach der Kommissionserlassung, daß bei Betriebsklausuren die Mindestzahl für die Errichtung einer Betriebsklausur mindestens 500 Mitglieder vorliegen soll.

Der Antrag Albrecht will diesen Paragraphen streichen.

Abg. Schröder (Soz.):

Die Betriebsklausuren bestehen bei den Sozialdemokraten. Sie sind eigentlich mehrheitlich zurückgewichen, diese laufen den Dienstleistungen zu liefern. Und Berater, Polizeibeamte, Postleute, Staatsanwälte liefern in großer Qualität höchst gut gute oder drücken wenigstens einiges zu. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Eine Betriebsklausur ist auch ein weibliches Mitglied, das an einer

Abg. Schröder (Soz.):

bezeichnet einen Komiteevertreter, der bei der Betriebsklausur eine Orts- und Landkreisstelle nicht geschiehen werden darf, das nach einfacher will, daß eine Kasse nicht als gefährdet gilt, wenn sie noch mehr als 1000 Mitglieder verfügen. Die Errichtung einer Betriebsklausur ist jetzt notwendig, wenn nun die Errichtung von Betriebsklausuren unmöglich gemacht werden soll.

Abg. Schmidt (Soz.):

Der Komiteevertreter bedeutet eine weitere Verschärfung des Gesetzes. Wenn ein großer Betrieb mit über 1000 Arbeitern, die nicht besonders gefährdet sind, auf einem Ort errichtet wird, so würde die Gefahrlichkeit einer ganzen Familie, in vielerlei einer sonstigen Beziehungen, größer sein, als die Differenz zwischen Betriebsklausuren und Kreis- und Landkreisstellen. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen Betrieb werden alle Arbeitnehmer periodisch auf Schwangerschaft untersucht. (Berichterstatter hört hört bei den Sozialdemokraten.) Ferner benötigt man die Bestimmungen der Betriebsklausuren, um Angehörige

wichtiger Organisationen fernzuhalten.

Und welche zu protegieren. (Scheiße noch! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schröder (Soz.):

Die Betriebsklausuren sind eine wahre Prämierung der Betriebsklausuren der Unternehmer. Sogar darum sie bestellt werden. Alle Auszubildende, Meistermeister und Volkswirtschaftler, alle Sozialkundigen und ich über die Notwendigkeit ihrer Bekleidung einig. Von den Vorhaben der Betriebsklausuren selbst ist die große Mehrheit für einheitliche Betriebsklausuren. (Berichterstatter hört hört bei den Sozialdemokraten.) Große leistungsfähige Betriebsklausuren bieten allein die Gewähr dafür, daß die Betriebsklausuren möglichst dem Arbeiterschutz dient. Darum kann ich der Reichstag auf den Boden unseres Antrages stellen. (Berichterstatter

Vorstand b. d. Soz.)

Abg. Brüsse (Soz.):

Bezeichnet einen Antrag auf Streichung des § 252. Weiß Gott werden die Betriebsklausuren mit 500 Mitgliedern gegründet. Solche Zweckverfolgungen kann man nicht leisten. Ganz ähnlich entstehen solche Maßnahmen bei großen Betrieben auf Verschaffung der Streitkräfte. (Scheiße noch! bei den Sozialdemokraten.) Doch mindestens bitte ich Sie, um einen weiteren Antrag anzutragen, diesen Betriebsklausuren abzulehnen und den Arbeitern die Entscheidung darüber vorzuhaben will, ob eine Betriebsklausur angebaut werden soll. (Berichterstatter b. d. Soz.)

Abg. Schmidt (Soz.):

Stimmt verbunden wird § 252, der die Errichtung von Betriebsklausuren gestoppt hat und § 253, der die Ausschließungen

der Betriebsklausuren regelt. (Berichterstatter b. d. Soz.)

Abg. Ritter (Soz.):

Bestimmt einen Antrag auf Streichung des § 252. Weiß Gott werden die Betriebsklausuren mit 500 Mitgliedern gegründet. Solche Zweckverfolgungen kann man nicht leisten. Ganz ähnlich entstehen solche Maßnahmen bei großen Betrieben auf Verschaffung der Streitkräfte. (Scheiße noch! bei den Sozialdemokraten.) Groß leistungsfähige Betriebsklausuren bieten allein die Gewähr dafür, daß die Betriebsklausuren möglichst dem Arbeiterschutz dient. Darum kann ich der Reichstag auf den Boden unseres Antrages stellen. (Berichterstatter

b. d. Soz.)

Abg. Nitschke (Soz.):

Zu dieser Feststellung sind die Betriebsklausuren geschäftlich verpflichtet, denn im Bauerngewerbe besteht das Recht aus 355 Arbeitern. Der Befreiungsteil ist also durch seine Ausführungen nur bestätigt, doch das Bauerngewerbe das allgemeinste ist. (Scheiße noch! bei den Sozialdemokraten.) Zu allgemeinen bleiben die Feststellungen der Betriebsklausuren, wie das bei ihrer geringen Mitgliederzahl ganz ehrlich ist, erheblich hinter denen der Betriebsklausuren zurück. (Scheiße noch! bei den Sozialdemokraten.)

Die Antike Abrecht werden abgelehnt, die Komiteevertreter angezogen.

§ 273 bestimmt, daß bei Berechnung der Gleichwertigkeit der Bezeichnungen von Kosten Verhältnisse der möglichen Kosten, die noch kein volles Jahr gelten, und ebenso gewisse Werkleistungen nicht berücksichtigt werden.

Abg. Mollenbühn (Soz.):

Wir beantragen Streichung dieses Paragraphen, weil wir wollen, daß die Mitglieder einer Betriebs- oder Betriebsklausur Anspruch auf alle Leistungen haben, die sie in der Betriebsklausur genossen haben. (Vorstand b. d. Sozialdemokraten.)

Der Streichungsantrag wird abgelehnt.

§ 273 ordnet Feststellung der Gleichwertigkeit von 4 zu 4 Jahren an.

Abg. Hoch (Soz.):

Wir beantragen Streichung des Wortes „von 4 zu 4 Jahren“, weil nur keine Bezeichnung vorliegt, eine Schädigung der Sicherheit 4 Jahre hindurch aufrechtzuhalten.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 277 bestimmt, daß eine Betriebsklausur, deren Verstand dauernd unter 500 Mitgliedern ist, mit der allgemeinen Betriebsklausuren vereinigt werden kann, wenn das Verhältnis der Betriebsklausur zu den Betriebsklausuren 10 Mitglieder, eine Tageszeit mit nur 8. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Das sind keine Kosten mehr, das ist Kostenfreiheit. Dies zu verhindern, nehmen Sie unsere Anträge an. (Berichterstatter b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Emmel (Soz.):

Die Betriebsklausuren hat die Pflicht, solche Dinge nicht festzusetzen und darf sie nicht einfach als angeblich normierte Verhinderungen abweisen, dann ist sie richtig bei den Sozialdemokraten. — Emmel hat allerdings noch einen Antrag, der die Abrechnung der Betriebsklausuren nach dem Antrag Emmel vorgenommenen.

Unter Abstimmung aller Abstimmungsabstände wird § 277 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 277 bestimmt nach der Kommissionserlassung, daß bei Betriebsklausuren die Mindestzahl für die Errichtung einer Betriebsklausur mindestens 500 Mitglieder vorliegen soll.

Der Antrag Albrecht will diesen Paragraphen streichen.

Abg. Busch (Soz.):

Dieser Paragraph bedeutet schwach eine außerordentliche Bequemlichkeit, daß die Betriebsklausuren keine Kosten, wie sie bestellt sind, lassen kann. Verhinderungen, die ja nicht vollständig sind, und die Liegen in ihnen auch eine große Gefahr für die Volksgesundheit. Betriebsklausuren können diese Miniaturklausuren nicht aufnehmen. Ranglosigkeit würde man bei ihnen höchst einmal anwenden, um den Hoffnungen zu durchdringen. (Scheiße noch! bei den Sozialdemokraten.) Die kleinen Kosten verhindern nicht so viel Personen in ihrem Betrieb, wie hier vorgesehen, und müssen ihre Arbeitnehmer in den Betriebsklausuren verhindern. Die Gutachter beschäftigen nur gesunde Leute, die Kranken entlassen und, und Halbkranken stellen sie sich gar nicht ein; solche Leute werden nur von den Kleinbauern beschäftigt. Nach dem Verstand können sie unter gewissen Auflagen den Betriebsklausuren eine Tageszeit geben. Das ganze ist nicht allein bei den kleinen Bauern. In unbedeutender Weise kann eine Betriebsklausur auf das Interesse der Großbetriebe eingehen und gerade die Herren, die sich hier immer als Vertreter der Kleinbauern aufstellen, treiben hier nichts als Geschäft. (Vorstand b. d. Soz.)

Unter Abstimmung aller Abstimmungsabstände wird § 277 in der Fassung der Kommission angenommen.

Abg. Schröder (Soz.):

Wir haben hierfür Abänderungsklausur eingereicht, die bestimmt, daß jemand, der auch erst am letzten Tage der vor dem Betriebsklausuren aufgestellten Zeit die Erfahrung erlangt hat, er freiwillig Mitglied werden darf, wenn das Kreisamt auf die Betriebsklausuren bestimmt hat. Mit Zustimmung des Oberaufsichtsrats nimmt die Sorge für diese Freiheiten. § 277 bestimmt daß die Mitgliedschaft, wenn zweimal nacheinander die Beiträge nicht entrichtet und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind,

Abg. Mollenbühn (Soz.):

Wir haben hierfür Abänderungsklausur eingereicht, die bestimmt, daß jemand, der auch erst am letzten Tage der vor dem Betriebsklausuren aufgestellten Zeit die Erfahrung erlangt hat, er freiwillig Mitglied werden darf, wenn das Kreisamt auf die Betriebsklausuren bestimmt hat. Mit Zustimmung des Oberaufsichtsrats nimmt die Sorge für diese Freiheiten. § 277 bestimmt daß die Mitgliedschaft, wenn zweimal nacheinander die Beiträge nicht entrichtet und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind,

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Wir haben hierfür Abänderungsklausur eingereicht, die bestimmt, daß der Vorstand nach dieser Fassung der Betriebsklausuren bestimmt hat, ob eine Tageszeit die Erfahrung erlangt hat, er freiwillig Mitglied werden darf, wenn das Kreisamt auf die Betriebsklausuren bestimmt hat. Mit Zustimmung des Oberaufsichtsrats nimmt die Sorge für diese Freiheiten. § 277 bestimmt daß die Mitgliedschaft, wenn zweimal nacheinander die Beiträge nicht entrichtet und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind,

Abg. Hoch (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und noch nicht gleich andere Arbeit finden, so kommen sie leicht und ohne Kostenrechte. Sie müssen die Probe auf die Wurmkontrolle noch einmal durchmachen, möbel sie zwei Tage versäumen, dann noch etwa ein Arztgutachten belegen, das auch wieder 3 M. kosten. Dann diejenigen Leute werden davon betroffen, die zu militärischen Nebungen eingezogen sind. Um alle diese Ungerechtigkeiten zu verhindern, bitten wir Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Der Antrag soll „längere Zeiten“ zu geben „längere Zeiten“

Abg. Schröder (Soz.):

Die Zustimmung der Kommission ist ganz beständig hochgezogen für die Vergabe. Wenn diese die Arbeitsschule wechseln, und

★ Feuilleton. ★

Monopol.

Sozialer Roman aus dem russischen Volkseben von Karl Ruhls
(62. Fortsetzung.) — (Nachdruck verboten.)

"Und nun, liebe Mutter," fragte Gleb Michailowitsch, "was verschafft mir die Freude deines ungewohnten Ver-
suches?"

"Da du dich in letzter Zeit so sehr von deiner Mutter
zuschlagen zogen hast, da du alles Vertrauen zu ihr verloren
zu haben scheinst, so mußt du dich nicht wundern, daß ich
das Verlangen verspürte, dich einmal in deiner Einsamkeit
aufzufinden, zu hören."

"Aus deinen Worten fließt ein Vorwurf, den ich nicht
verdient habe," entgegnete er mit erzwungenem Lächeln.
Er konnte dabei den Zug von tiefer Schwermut, der seinem
Gesicht in letzter Zeit beständig anhaftete, nicht maskieren.

"Gelder hast du diesen Vorwurf nur zu sehr verdient,
mein Junge," war ihre Antwort. "Und gerade aus diesem
Grunde bin ich hergekommen, um einmal ein sehr ernstes
Wort mit dir zu sprechen!"

"Aber dann ist's doch Mütterchen," sagte er weich,
indem er einen Seufzer herabließ, die Mutter durch sanften
Druck gegen den Arm zwang, sich darauf niederzulassen, und
sich erwartungsvoll ihr gegenüber setzte.

"Es muß anders werden, Gleb, du mußt mir endlich
vertrauen. — Wart mein Junge, unterdrück mich nicht.
Also höre mal ordentlich an, was ich dir sagen werde: du
darfst mir den Grund deiner Sorgen nicht länger verheimlichen.
Wenn die eigene Mutter nicht mehr imstande sein
sollt ihr Kind zu trösten, wer soll es denn?"

"Aber Mütterchen, du machst die ganz gewiß unmöglige
Sorge. Ich fühle mich durchaus wohl. Du weißt ja
auch selbst, wie sehr mich die Anstrengungen der letzten
Wochen mitgenommen haben."

"Alles das glaubte ich dir bisher. Aber ich möchte
blind, müßt' keine Mutter sein, wenn ich mich auch jetzt
noch von dir täuschen ließe, mein Junge, denn ich weiß,
was dir steht, kenn deine Leiden und bitte nur als Mutter
um dein offenes Vertrauen, damit ich dir raten und helfen
kann."

"Du kennst meine Leiden?" Er sah die Mutter unglaublich an. "Nehm, Mütterchen, dann mäßt' du mehr
weisen, als ich leb' weiß."

"Das heißt, als du eingestehen willst. Und da ich sehe,
daß du mich wieder durch allerlei Ausreden, sogar Unwahr-
heiten täuschen willst, ich will dir sagen, was dir schlägt.
Und du magst das freilassen, so viel du willst, es wird
dir nichts mehr nützen: Du liebst, mein Junge, ja, und du
liebst die Näherin Natasha. Und um mir zu schonen . . ."

Sie kam nicht weiter, da er mit dem Ausdruck größten
Schreckens aufspringen war und ihr ins Wort fiel, indem
er heftig ausrief:

"Es ist nicht wahr, es ist nicht wahr, es ist nicht
wahr!" —

"Und wenn ich es dir beweisen würde?"

"Das kommt du nicht!"

"Dann bitte ich dich, mir zu folgen."

Er sah sie grob an. Was sollte das bedeuten? Sollte
Anjuta die Bedeutung oder eines der Dienstmädchen sein
Zusammentreffen, oder eine Auseinandersetzung mit Natasha
deutschland haben? Er mußte wissen, was das genau, wer
seiner Mutter einen solch entsetzlichen Schmerz zugefügt,
indem er ihn und Natasha vertraten. So folgte er ihr
denn mit unsicheren Schritten durch die Zimmerflucht bis
zu ihrem Gemach. Weder Warvara Dmitriewna noch er
hatten während des Gangs ein Wort fallen lassen, und
erst, als sie vor ihrer Tür standen, sagte sie, indem sie die
Tür öffnete:

"Jetzt weißt du die Wahrheit wohl nicht mehr bestreiten,
und was Natasha eingestanden hat, weißt nur hoffentlich
auch du zugestanden!"

Alles Mögliche, aber nur das hatte er nicht erwartet!
Er war fassungslos in der weit größteren Tür stehen ge-
blieben und sah das Mädchen einen Augenblick mit nachsichtigem
Einschauen an. Und dann entfachte es mit schmerzlichem
Vorwurf seinen Zorn:

"Natasha, Natasha, warum hast du, . . . warum haben
Sie das meiner Mutter angeht?"

"Das habe ich nicht gewußt," stammelte sie, indem
sie verzweifelt die Hände vors Gesicht schlug.

Einen Augenblick schien Warvara Dmitriewna sich an
ihrem Schmerz, an ihrem Leid zu erinnern. Und es war,
als bliege sie in ihrem Angesicht wie ein triumphierendes
Lächeln. Über ebenso ländlich verwunderte ihn das Gefühl
des verlegten Mutterstolzes in Angst um ihren Sohn. Sie
sah, sie durchdrückte das Entsehen, alle Seelenqualen, die er
in diesem Augenblick zu bestehen hatte; sie hätte ihn an
ihrer Brust reihen, hätte ihm zuwinken mögen: "Dir geht mein,
du bist mein, ich läßt mir von niemand dem Herz räumen!"
Und während sie sich auf ihn stützen wollte, um ihn zu
umsämmern, um ihn festzuhalten, hatte er entglei die Hände
vor sich geschlagen und leuchtete:

"Es ist zu entgehn, es ist zu entgehn . . ."

Und da quoll das Gefühl der Mutterliebe übermäßig
in ihrem Herzen empor. Sie lobt, sie hörte ja aus jeder
leiner Mienen, aus jedem seiner Worte, aus jeder seiner
Bewegungen, wie unendlich lieb er das Mädchen hatte,
welches fassungslos vor ihm stand. Und um seinen Schmerz
zu mildern, um ihn zu trösten, trat sie auf ihn zu, legte
ihre zitternden Hände auf seine Schultern und fragte unter
Wenem:

"Was ist denn so entsetzlich? Doch du das Mädchen
so liebst? Tsch' wi es noch? Ach nein, nein, mein Junge,
nicht nur, aber hinweise . . . Sonnenrösche sind es. Sie raubt
Sie gehörten uns das Bild . . ."

"Mutter, Mutter," hebe es von seinen Lippen, "und
das sagt Du?" Und ein Strahl von Glück und Hoffnung
leuchtete aus seinen Augen.

Sie lobt, sie verstand diesen Blick. Sollte sie nun noch
einen letzten verzweifelten Versuch machen, ihn zurückzurufen
und vor dem Abgrund, in welchen er zu stürzen, zu verhindern
drohte? Sie konnte es nicht, denn sie sah vor allem,
dah es für ihn nur ein Glück gab, nur ein einziges Bild,
welches sie allerdings für sein größtes Unglück hielte. Aber
jetzt, wo seine Augen so hoffnungsvoll aufgeschaut hatten, vermochte sie es nicht, ihm dieses Glück zu trüben. Und
mit lautem Schluchzen schwante sie auf Natasha zu, um-
flammerte kampfeskranken Naden und preiste mit von
Tränen halbtrunkenen Stimme die Worte hervor:

"Täubchen, alles, alles haben Sie mir genommen;
alles, alles will ich Ihnen geben, meine ganze Seele, meine
ganze Liebe, machen Sie mir mein Kind, meinen Sohn
nicht unglücklich! Rimm alles, aber rauhe ihm nicht die
Mutter, das wäre ein Verbrechen, ein schweres Verbrechen!"

Nun war auch Gleb Michailowitsch leise hinzugetreten
und sagte, indem er die Mutter und Natasha gleichzeitig
umklammerte, mit von dem unerwarteten Glück heftig bewegter
Stimme:

"Mütterchen, Natasha, ach, ist's möglich, ist's wirklich
möglich? Liebe ich denn nicht euch beide unendlich?" —

Natasha, das Schätzchen gab ihr jetzt eine Mutter wieder!"

Da beland sie Warvara Dmitriewna des Briefes, den
sie in die Tasche geklebt hatte. Mit zitternden Händen holte
sie ihn hervor und lasste:

"Hier, hier, mein Kind . . . Sie lebt nicht mehr . . .
Sie kann nicht mehr Zeuge sein — Eures Glücks
Todt dich! . . . Und ich? . . . Nun, auch ich will mich
zu tödten suchen, verhauen mit Euch glücklich zu sein . . ."

Im traulichen Gemach herrschte diese feierliche Stille,
die nur vom Ticken der alten Kronenuhr und vom leisen
Weinen der Mutter und ihrer Kinder unterbrochen wurde.
Und da war es, als verwandelte sich dieses Weinen in einen
Dreizlang, dessen sanft tönende Harmonie ein Lied summte
von der unergründlichen, alles verjüngenden Liebe . . .

22. Kapitel.

Draußen war es Winter geworden, strenger russischer
Winter, der eisiger Odem Blätter und Stein vor Ent-
sehnen erstarren ließ, dessen winzelndes Geheul mit dem
Schneeklang — der so sehr gesuchten Klang — über den
endlosen Felder des Jägerlandes dohlöslich, sich in
Wälder oder Schluchten vertiefe und schadlos trock zu-
jauchzen scheint, wenn der graue Himmel aus riesigen
Wolkenfelden ungeheure Schneemassen auf die Erde nied-
schüttete, als sei er nun dessen Sohn, daß alles in ein un-
geheuer Reichtum gehüllt werden müsse, um jedes Leben
aus immer zu degradieren. —

Aber im Herzen Duchows und Natashas war der
Frühling eingezogen, dessen jugendlicher Sonnenchein leuchtet
aus den Augen zweier glücklicher, fröhlicher Menschen
strahlte.

Das empfand Warvara Dmitriewna ganz besonders,
da sie zu stiller Segnung den Gedanken gehabt hatte,
es zu verschulen, glücklich zu sein," wobei sie in ihr
Grunde ihrer Seele für sich ein wirkliches Glück nicht mehr
erhoffte.

Und doch — wie anders war es, wenn sie die jugend-
lichen, glückstrahlenden Gesichter ihres Sohnes und des
Mädchen sah. Dann fühlte sie, daß der Stachel, den das
Votumteil in ihrer Seele zurückgelassen, nicht mehr so schmerz-
haft war, als anfangs, ja, daß er sich ganz merlich ab-
zupunktieren begann, und daß sie Natasha von Tag zu
Tag mehr in ihr Herz schloß.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Wünschelruhe und Feuerversicherung.

Man schreibt der Frankf. Ztg.: Doh die Wünschelruhe
im Zusammenhang mit Waller steht, ist eine bekannte Tat-
sache; daß sie aber auch Belegungen zum Feuer hat, ist
vielleicht weniger bekannt. Den Vermittler bei diesem schen-
baren Widergespräch spielt die Elektrizität, und zwar in der
Form des Blizes. Der Autengänger v. Graeve-Osterode
veröffentlicht jetzt im "Centralblatt der Bauverwaltung"
seine Bedachtungen über den Zusammenhang der Wüs-
chelstellen mit unterirdischen Wasserläufen. Er hat nämlich
festgestellt, daß die Stellen, an denen meistens der Blitz
eindringt, über Kreuzungen von unterirdischen Wasser-
strömungen liegen. Diese Kreuzungspunkte kann natürlich
der Autengänger feststellen. So hat v. Graeve ebenfalls
mittler im unbedeutenden Land eine Stelle ermittelt, wo der
Blitz vor neunzehn Jahren in ein damals befindliches Gebäude
eindringt eintrat. Außerdem hat er drei beschädigte Stellen
aufgefunden, an denen tatsächlich kurz Zeit vorher drei
Blitzschläge herabgekommen waren. Da nun die Zahlungen
von Entschädigungen für durch Blitzschlag verursachte Brand-
hände sich auf Millionen belaufen, so werden die Feuer-
versicherungsgeellschaften wahrscheinlich sich die Fähigkeiten
der Autengänger zu Nutzen machen, indem sie Gebäude oder
Gegenstände, die sich über doppelseitigen Stellen befinden,
nicht in die Versicherung aufnehmen. Als ein Autiohm
in der an Autiohmäten zu reichen Wünschelruhefrage ist hier
niederrückt erwähnt, daß die maggazinische Körperschaft der
Wünschelruhe die Wünschelruhe für einen "beschädigenden
Wasserlauf" erklärt, während der preußische Minister der
öffentlichen Arbeiten an die ihm unterstellten Organe einen
Entschluß gerichtet hat, dem Wasserläufen in aussichtiger
Weise Gebrauch von den Fähigkeiten der Autengänger zu
machen.

Eine Brücke als Kapitalistin.

Man schreibt der Frankf. Ztg.: London baut die
neue Brücke, — aber eigentlich ist es nicht London, das
sie baut, sondern die alte Brücke selbst. Denn die Mittel für
die Errichtung ihres Spedlings stammen aus der Zeit, da
der fromme Pilger gern einen Teil von Geld und Gut der
Brücke hinterließ, weil sie ihm so tapfer bei seinen Pilge-
reisen geholfen hatten. Es war ein Priester, der sie nach
im Jahre 1176 aus Stein erbaute, von milden Gaben, die
er überall erbetet hatte. Dann kam einer, Henry Bagnall,
von dem es heißt, daß er der erste Bürgermeister von London
gewesen sei, der hinterlich den lieben Brücke ein helles
Commen aus Gründen stellte. Im zwölften Jahrhundert war
während der nächsten hundert Jahre famen fast alljährlich
Legate von Land und Häusern dazu, sodass die Brücke jähr-
lich im zwanzigsten Jahrhundert über ein jährliches Einkommen
von 180000 Mark verfügt. Eines der eigenartigsten
Verhältnisse das ihr zufließt, war das Patronatsrecht über
die Kirche zu Stanham im Jahre 1228. Das große Vor-
mögen wird von dem "Büdenhauskrust" der London
Municipalität verwaltet. Wenn man über die Bewe-
gung hinaus ist, daß eine Brücke so reich sein kann, so nimmt
man gewiß mit Rücksicht von den kleinen Spenden,
die ihr aus großer Liebe von Zeit zu Zeit ihre Gaben
darbrachten. Da ist z. B. ein Kaplan im Jahre 1271, der
den Gottesdienst in der Kapelle verwarf, die zu jener Zeit
auf der Brücke stand, — der hinterlich ihr 180 Mark.
Vielleicht war diese Gabe nicht einmal allzu klein, wenn
man die Geldverhältnisse jener Zeit berücksichtigt, aber
bedeutete jedenfalls alles, was er geben konnte. Da sie auch
noch ein Knabe erwähnt, der im fünfzehnten Jahrhundert
für die Instandhaltung der Brücke zu sorgen hatte, — e
hinterlich ihr zehn Schillinge.

Friedhöfe als Vogelhelme.

Eine nachahmungswerte Blümleinmachung hat der Land-
rat des Kreises Münsterland (Schlesien). Dr. Krichner, etzlin
Sie führt darin aus, daß bei der zunehmenden Bildhauer-
der Lebensverhältnisse für die Vogelwelt verhältnismäßig
reich und leicht ein großes Netz von Schutzgebäuden, die
das ganze Land verteilt, gehalten werden können, wenn
aus jedem Friedhof Vogelschutz getrieben würde. Hier führt
die Vogel vor allem Rufe. Unbedauftige Kinder über-
ebenwohl die Stille wie unheimliche Hunde. In der
Regel sind diese Bäume und niedere Gehölze vor der
Landschaft leicht anlegen. Fast regelmäßig findet man die
alte Exemplare von immergrünen Pflanzen, Linden, Robinie-
nbaum und Eichen, und den Vogeln eine Stätte für Brut
gewähren. Auch Wasser ist reichlich vorhanden, was
es wäre leicht, im Sommer für Vogeltränke zu sorgen.
Die Friedhöfe stellen somit allerorten die gegebenen Vogel-
schutzgebiete dar. Der Landrat erachtet daher die Geißel und
die Rute als amts- und Gemeindevorschriften seines Kreises,
sich für die Sache zu interessieren und eventuell die von ihm
gegebene Anregung zu verwirklichen.

Literarisches.

Der gewerbliche Tarifvertrag, kleine Gebundenheit für die Gewer-
bshäuser. Unter diesem Titel hat der Zentralverein der Gewer-
bshäuser und verwandte Betriebsarten Deutschland eine 40 Seiten um-
fassende Ringheft herausgegeben. Die einzelnen Kapitel-
beiträge über den Tarifvertrag; Tarif und Rechtsbehelfe des
Tarifvertrages; Reklame und Schlußwort. — Die Seite
verfolgt den Zweck, die Verhältnisse der 19. Generalversammlung
genannten Verbände, die im April 1911 in Leipzig stattfand, zu
verbinden und zu dringen, und sie nach zu
begrenzen. Diese Generalversammlung hat die Gewerbe-
treibende, welche mit den gewerblichen Tarifvereinbarungen die Arbeit in
Frieden, Arbeitnahme oder Abnahme der Tarifvereinbarungen, zu
monach allen Betrieben, die Tarifvereinbarungen zu entgegen, die
höchste Widerstand entgegen zu setzen. Sie hat auch die
weisenliche Tarifversorgung um zu gewähren, um generell den p-
erworbenen Einfluss seitens der Arbeitgeberverbände im
Gewerbe, welche mit den gewerblichen Tarifvereinbarungen die Arbeit in
Frieden, Arbeitnahme oder Abnahme der Tarifvereinbarungen, getötet zu sein. Die
Schrift ist in erster Linie einem Verbandsverein gewidmet, um die
durch die Zustände im Gewerbe bestreit, so ist doch die
gesamte moderne Arbeitsteilung eine interessante Sache,
des besonders jeder gewerblich organisierte Arbeitnehmer sollte.
Zu bestreiten ist die Sache durch die Gewerbevereinigung in
den Kreis, wo genannte Verbände vertreten sind und auch
die Vorsitzende des Zentralvereins der Gewerbe und verma-
stige Vertragsvereinigungen Deutschlands, Hamburg 1, Seelendorfer Str.

Versammlungs-Kalender.

Nürnberg-Wilhelmshausen. Donnerstag den 11. Mai.
Metallarbeiter-Verband (Stromberg). Abends 8½ Uhr bei Halbwand.
Bandonion-Klub Flüglingen. Abends 8½ Uhr bei Baudenkmal.
Sonnenabend den 12. Mai.
Heidmühle. Verband der Branerel- und Mühlenarbeiter. Abends 7 Uhr
bei G. Schütz.
Northeim. Metallarbeiter-Verband. Abends 8½ Uhr bei Rohrs.
Holzarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr bei Waller in Elsd.

Schiffahrt-Nachrichten.

vom 10. Mai.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.
Wolfsburg, Erlangen, von Braunschweig, gestern von Hannover ab
Rostock, Großer Amtshafen, von Altona, gestern von Venning ab
Sommer. Ab. Prinz Heinrich, nach Altona-Wilh., heute Sonderzug.
Wolfsburg, Prinz Heinrich, nach Altona-Wilh., heute Sonderzug.
Wolfsburg, Prinz Heinrich, nach Altona-Wilh., heute Sonderzug.
Wolfsburg, Prinz Heinrich, nach Altona-Wilh., heute Sonderzug.

Norden, 11. Mai.

Mahlzeitenversammlung. Auf die am nächsten Sonnabend nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale stattfindende Mahlzeitenversammlung des Sozialdem. Wahlvereins werden die Mitglieder hierdurch aufmerksam gemacht. Da eine reichhaltige Tagesordnung vorliegt, und auch der angekündigte Vortrag abgehalten wird, werden die Genossen erachtet, pünktlich und ordentlich zu erscheinen.

Leer, 11. Mai.

Mit einem neuen Delheim ist es nichts. Die beim Landwirtschaftlichen Hause vorgenommenen Bohrungen haben festgestellt, daß unter 3 Meter Tiefe kein Delgerudt mehr vorgenommen wurde. Bei 12 Meter Tiefe stieß man auf gutes Wasser, das absolut rein war und weder Odorat noch Geschmack hatte. Die Bohrungen sind daher eingestellt.

Gerichtliches.

Hofgänger und die Gefindeordnung. Die höfartige Form der Ausbeutung landwirtschaftlicher Arbeiter hat sich aus den Zeiten der Leibeigenschaft in dem sogenannten Hofgängeramt in Mecklenburg, Pommern und West- und Ostpreußen erhalten. Der Gutsagelöhnere ist verpflichtet, einen oder mehrere Arbeiter zur Gutsservice zu stellen, die er aus seinen Taschen bezahlen muß. Als Entschädigung, daß er diese "Hofgänger" belädt, befreiert und entlohn, erhält der Tagelöhnere vom Gutsherrn eine tägliche Entschädigung von 50—70 Pf. für den Mann, während seine Auslagen für einen Hofgänger sich auf mindestens 1,80—2 M. für den Tag stellen.

Die selbständigen Gutsherren versuchen nun fortgesetzt, die Gerichte dazu zu bringen, auf die Hofgänger die Strafbestimmungen der Gefindeordnung und der Monatstrahrbürgschaft anzuwenden. Erfreulicherweise ist es den Gerichten bis heute nicht gelungen, das Recht im Arbeitsverhältnis des Hofgängers so zu verstehen, daß der Gutsdienst als alleiniger Unternehmer gilt, der bei Arbeitsverweigerung durch den Hofgänger sofort mit der Polizei kommen kann. Auf dem der Mecklenburgischen Ansiedlungsgesellschaft z.B. in Schwerin gehörigen Gute Groß-Niendorf arbeitete ein 19jähriger Tagelöhnere bei seinem Vater als Hofgänger. Der Vater erhielt vom Gut in den Sommermonaten 60, im Winter 50 Pf. für den Tag für den Hofgänger. Weil dieser Hofgänger mit diesem Lohn nicht auskommen, erhalten diese noch Nebenarbeiten, die von der Gutswaltung im vorliegenden Falle mit 12½ Pf. für den Tag bezahlt werden. So auch unter Hofgängern. Eines Tages wurde ihm diese Nebenarbeit entzogen und angeordnet, er solle nun ohne jegliche Nebenarbeit verrichten. Dazu hatte der Hofgänger mit der geringsten Rücksicht und verließ mit Zustimmung seines Dienstes.

Auf die Strafanzeige des Gutswalters erkannte das Amtsgericht in Cuxhaven auf eine Geldstrafe, die hohe das Amtsgericht Schwerin als Verweisung an. In der Urteilsbekanntmachung wurde ausgeführt, daß der Hofgänger nach der mecklenburgischen Gefindeordnung der Gutswaltung zur Verrichtung aller ihm aufgetragenen Arbeiten

verpflichtet sei. Der Gutsherr sei in solchen Fällen „Arbeits-“ und zur Stellung des Strafantrages befugt. Der alleinige „Dienstherr“ des Hofgängers sei aber nur der Tagelöhnere. Zwischen diesen beiden sei der Arbeitsvertrag geschlossen und nur sie könnten ihn auch lösen. Gefeicht das, so entfallen für den Hofgänger alle Verpflichtungen aus dem bisherigen Dienstverhältnis, sowohl gegen den Tagelöhnere als auch gegen den Gutsherrn. Auch wenn der Hofgänger seine Arbeit gegen den Willen des Gutsherrn aufgab, konnte er nicht wegen Dienstvergehen bestraft werden. Das Gericht billigte dem Hofgänger schließlich noch in beiden Instanzen Erlass seiner Auslagen zu.

Das Ganze mußte an, als sei es ein Stück Weißlichkeit aus dem Mittelalter.

Aus aller Welt.

Die elegante Filialleiterin. Darf eine Filialleiterin im Auto fahren und sich elegant kleiden? So könnte man die Streitfrage präzisieren, die die Evidenz durch das Berliner Kaufmannsgericht harrte. Anfang zu dieser „Staatsfrage“ kam die Klage der Filialleiterin Edith L., die sich gegen das Herrenmode-Magazin von Otto K. richtet. Fräulein L. war mit einem Monatsgehalt von 150 M. zur Leitung einer Filiale in Hamburg engagiert worden. Sie kam aber erst gar nicht zum Amtsort der Stellung, da der Chef hinterher Bedenken trug, ihr den Posten zu übertragen. In dem Briefe, in dem er dieses der Altkrämerin mitteilte, hieß es u.a.: „Sie treten in einer Weise auf, die weder zu Ihrem Einkommen noch zu Ihrem Stande paßt.“ Fräulein L. fühlte sich durch dieses Schreiben in ihrer Ehre verletzt und sandte dem Chef als Antwort die Ablösung, in der sie vor der Unterschrift das „Hochachtend“ fortließ. Die Altkrämerin ließ auch durch die Anklage des Beklagten nicht abhalten ließ, vor Gericht in elegantem langem Seidenmantel zu erscheinen, erklärte, daß sie sich Auto und elegante Kleidung erlauben könne und daß sie niemand, auch dem Beklagten nicht, Rechenschaft darüber schuld sei. Kein Chef habe es bisher gewagt, sie deshalb zu verabschieden. Sie selbst habe aus eigenem Vermögen ausgewichen, außerdem seien ihre Eltern reich. Die Ablösung kommt sie nicht anders aufzufinden, denn sie könnte nicht jemand, der sie schwer beleidigt habe, „hoch achten“. Das Kaufmannsgericht sprach dann auch der eleganten Filialleiterin die geforderten 150 Mark Gehalt zu.

Die Stadt elektrischen Stroms. Die Stralsunder in Frankfurt a. M. verurteilte den früheren Teilhaber eines Kinematographentheaters Friedl Beck, der an vier Sonntagen in seinem Betrieb Elektrolicht benutzte, die er unter Umgebung des Zählers der Leitung entnommen hatte, wegen Vergebens gegen das Gesetz über die Entziehung elektrischer Arbeit vom 9. April 1900 zu 400 M. Geldstrafe.

Von der Hochzeitsfeier in den Tod. Von einem schweren Unglück wurde am Sonntag morgen in der Nähe der ländlichen Ortschaft Walter eine Gesellschaft betroffen, die von einer Hochzeitsfeier nach Hause fuhr. Das Gefährt des Gutsherrn's Nässe wurde durch Scheuen der Pferde gegen einen Baum geschleudert. Eine mittsfahrende Frau

Ältere wurde dabei getötet, der Besitzer des Wagens und seine Frau erlitten Schädelbrüche und schwere innere Verletzungen. Zwei andere Insassen des Wagens kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Familientragödie in einem russischen Dorf. Der Gouverneur von Petersburg berichtet über eine blutige Familientragödie im Dorfe Pulto. Dort erging der Bauer Charitonow, der stark betrunken vom Wirtshaus heimkehrte, ein auf dem Tisch liegendes Messer und ging auf seine fünf Kinder los. Die Frau Charitonows bewahrte sich mit einem Stock, um ihre Kinder zu verteidigen. Es kam zu einem harten Kampf zwischen Mann und Frau, bei dem Charitonow seine Frau drei tödliche Wunden beibrachte, an denen die Frau starb. Aber auch Charitonow hatte während des Kampfes einen so schweren Beilhieb über den Kopf erhalten, daß er nach Verlauf einer halben Stunde starb.

Schwefelsäure in den Weizfeld. Aus Rom wird gemeldet: Der Bäcker Giarti in Ripalta bei Crema hatte beim Weizfeld den Weizfeld an die Lippen geschnitten, als er entflohen zurückkam. Der Weizfeld enthielt Schwefelsäure. Als des Mordverücks verdächtigt wurden er zwei Männer, dann zwei Amtsbrüder des Bäckers, der Antonius Scandelli sowie der Priester Vallati, der Prälat des Sanktuariums der Barmherzigkeit, verhaftet. Die beiden sind beschuldigt, den Bäcker Giarti aus Neid sowie aus Grimm über seinen politischen Liberalismus nach dem Leben getötet zu haben. Von liberaler Seite wird gegen diese Ausschöpfung lebhaft protestiert. Es sei daran erinnert, daß unlängst auch in Apulien ein Bäcker von seinem eisernen Amtsbruder durch Gift im Weizfeld ermordet worden ist.

Kampf zwischen Eisbären. In der Nähe des Zoologischen Gartens zu Kopenhagen befand sich ein junger Eisbär, den der König von einiger Zeit als Geschenk erhalten hatte, nachdem er von seiner Inselnatur zurückgekehrt war. Am Montag sollte nun der junge Bär zu einigen älteren Eisbären in einen anderen König eingelassen werden. Ein älterer männlicher Bär überfiel den jungen Bären, wodurch er darauf in ein Wasserbad, erreichte ihn regelrecht und verprüfte ihn nachher zu Hölle.

Vermischtes.

Der Kampf gegen den Alkohol. wird in den Vereinigten Staaten mit großer Energie geführt. Das Volksfürstliche Temperanzinstitut ist das Kreuz-Institut, in dem seit 20 Jahren über 300 000 Trunkensalde von ihren verhängnisvollen Leidenschaft geheilt sind. Besonders beeindruckend ist die Dankbarkeit und Unabhängigkeit dieser Biedermeierstellen; sie haben eine „Kreuz-Liga“ begründet, die gegenwärtig 30 000 Mitglieder zählt und die wohl die einzige Temporengesellschaft in der Welt ist, in der nur freihändige Trunkensalde Aufnahme finden.

Hochwasser.

Freitag, 12. Mai: vormittags 0.38, nachmittags 1.06

Gr. Schnäwaren-Auktion.

Im gehobten Auftrage versteigere

Freitag d. 12. Mai,

nachm. 2½ Uhr,
im Rath'schen Saale in Bant,
Bremen. 23, einer ganz be-
deutenden Posten

herren-, Damen-, Knaben-
und Kinder-Spielzeug.

Zwangen- u. Halbschuh in div.
Größe, Leders, und Karben,
dauer versteigerte Anzüge,
Jackets, Hosens, Leib- u. Bett-
wäsche, Hüte etc. Zu jedem
Ankauf sollen zu jedem
angehenden Gebote losgeschlagen
werden.

Gust. Mauer, sach. Aukt.
Grenzstraße 17.
Täglich Annahme v. Versteigerungen
zu lautsten Bedingungen.



Heute lebend frisch eingetroffend:
Schiffsl. 15, 18, 22, 28, 30 Pf.
Schollen 18, 25 Pf.
Junger Röhrke-Rabbius . . . 18 Pf.
Mittelgroße Rotzungen . . . 35 Pf.
Scheiner Raubfisch . . . 40 Pf.
Ender, Pollerlinge . . . Dho. 50 Pf.
S. Geldkunen, Rüstringen
Rückverschlußhalle, Börsenstr. 1, Tel. 709.

Bu verkaufen
drei komplett Schlafzubehör, drei
komplett Küchen, mehrere Kleider-
kästen zu jeden annehmbaren
Preis, ein eisenerne Schrein, nach
Umsatz 200 Jahre alt.

Conrad Heilemann,
Wihelmshav. Str. 80.

Zu vermieten

Barbierladen

Rath. bei G. Möller, Bremer
Straße 15.

Züchtig. Bauschlosser

für dauernde Beschäftigung sowie
ein züchtiger Lehrling per sofort
gesucht. E. Schneider, Wilhelmsh.
Oldenburger Straße.

Gesucht

Maurer

beim Neubau Bismarckstr. Boden-
gesellschaft. J. B. Albers,
Genossenschaftsstr. 56.

Gesucht auf sofort

Arbeitervorarbeiter.

H. Küster, Baugeschäft.
Zu melden Siebelsburg.

Vertreter

für einen hochlohnenden Artikel
gesucht,

auch als Nebenbeschäftigung.
Näheres unter H. 834 durch

: Haasestein & Vogler :
Hannover.

Einige junge Arbeiter sowie
zwei Fensterputzer b. g. Lohn

gesucht. Rüstringen I, März 1, p. I.

Gejagt

auf sofort ein Schmiede- u. Schlosser-
Lehrling. Wilh. Wiecken,
Schmiedemeister, Biele.

Ein junger Knecht

von 15—16 Jahren auf sofort
gesucht.

Aug. Müller, Weißbierbrauerei,
Barel : Neumarkt.

Gesucht auf sofort

ein Kindermädchen für den
ganzen Tag.

G. Buddenberg, Rüster, Peterstr. 30.

Gesucht

zu leihen oder zu kaufen ein
Kremserfahrrühr. Preis - Öfferte
erdeten. W. Harms, Rüstringen,
Bodenstraße 41.

Gesucht auf sofort

im Mittelpunkt der Stadt ist billig
zu verkaufen. Durch Umbau wird
das Haus der guten Lage wegen
sehr wertvoll. — Zehige Verzinsung
7½ Prozent.

B. & H. Büermann.

Freitag den 12. Mai

von nachm. 5 Uhr bis abends 8 Uhr
und Sonnabend morgen

von 8 Uhr an, werden

mehrere Zentner

Schweinefleisch

pr. Pf. für 60 und 70 Pf.

verkauft im Restaurant

Zuden vier Jahreszeiten.

Bruteier

echte Hammelsloher, habe noch

abzugeben.

Wilh. Deder, Mühlenhof.

Einige junge Arbeiter sowie

zwei Fensterputzer b. g. Lohn

gesucht. Rüstringen I, März 1, p. I.

Freitag abend von 6 Uhr ab:

Verkauf von frischem

Schweinefleisch

sowie Not, Leberwurst u. Süße

zu billigen Preisen.

Nische : Siebelsburg

Friedeborgstr. 9 b.

Große und kleine Schellfische,

Große und kleine Schollen,

Knurrhahn, Käflaian,

Seelachs, Thürkarbonade,

Notzungen, Steinbutt, Heilbutt,

Tarbuti, Zander, Ic., Schleie,

Waisch, gr. Brassen,

Suppenfisch, grüne Heringe,

La. Matjesheringe.

J. Heins, Fischhandl.,

Bismarckstrasse, Marktstraße,

Wilhelmsh. Straße, Tel. 455.

Empfehlung:

Große und kleine Schellfische,

Große und kleine Schollen,

Knurrhahn, Käflaian,

Seelachs, Thürkarbonade,

Notzungen, Steinbutt, Heilbutt,

Tarbuti, Zander, Ic., Schleie,

Waisch, gr. Brassen,

Suppenfisch, grüne Heringe,

La. Matjesheringe.

J. H. Cassens,

Gant, Peterstr. 42, Schaar.

Freitag und Sonnabend

frisches Schweinefleisch

sowie Blut-, Leber-

- und Füßwurst :

Siebelsburg, Siebeldeler-Straße 8.

Kravatten

in hochmodernen Fassons

und Mustern empfohlen :

Martha Kappelhoff

Ecke Deich- und Roonstr.

Tiarks med. Magenbitter

nach Rezept von Professor Dr.

Gutzeit wird nur aus medizinischen

Kräutern u. Wurzeln bereitet. Bitter

Magenbitter, feinstes Rezeptations-

mittel. Zu haben in den Wirtschaften,

Konsumverein u. Niederlage, Kauf-

manns-Schule, Güterstraße 67.

Plüschartsofa

(neu), ganz billig zu verkaufen.

Friedeborgstr. 33, v. r.

Wahren Jalob

In freien Stunden

und alle sonstige

Partelliteratur besorgt prompt

H. Wullenkort

Barel, Hafencampstr. 56a.

Wegen Aufgabe meiner Wohnung

billig zu verkaufen: Mod. Salon-

Spiegel, Plüschgarnitur, Sofatisch,

Verlikow, Plüschholz, Spiegel mit

Stufe, zwei vollständige Betten.

Friedeborgstr. 33, v. r.

Leer

Mühlenstr. 16

2 Min. v. Bahnh.

Zigarren-, Zigaretten-

u. Tabak-Geschäft von

Rudolf Heyer

Rechnungsformulare

in allen Größen, empfohlen die

Buchdruckerei Paul Hug & Co.



Wäsche- und Leinen-Abteilung.

Grosse Auswahl in

Untertaillen u. Korsetts

in einfacher und eleganter Ausführung.
Vorrätig in allen gangbaren Größen und
Taillenweiten . . . à Stück von Mk. 600 bis 1000

100

Unter
Preis!

à Stück 100
nur 100 Mk.



Untertaillen

nach Mass.
Eigene Anfertigung.
Solide Verarbeitung.

Damen-Korsetts

Direktori- u. Frack-Fasson, uni, fein gestreift u. brochiert in einfachster und reichster Ausstattung. Satin-Drell, Körper, Damast in allen Preislagen.



Enorm
billig!

140
Mk. à Stück

Reform-Damen-Korsetts
Gürtel-Korsetts
Kinder-Kortetts

Bartsch & von der Brelie.

Achtung! Schiffszimmerer!

Am Donnerstag den 11. Mai, abends 8.30 Uhr,
in Sadewassers Tivoli, Götterstraße:

Versammlung.

Tagesordnung:
Bericht von der Generalversammlung.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Wilhelmshavener Spar- u. Baugesellschaft

e. G. m. b. H.

Mittwoch den 17. Mai, abends 8½ Uhr:
Vortrag u. Vorführung über Gebrauch von Kochgas

durch Herrn Ingenieur Rasche der hiesigen Gasanstalt.

Sonnabend den 20. Mai, abends 8½ Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Änderung des § 1, Abs. 2 und 68 der Satzungen.
 2. Erhöhung des Gesamtbetrages der Auseilichen der Genossenschaft.
 3. Beschlussfassung über die Anlage von Kochgas in unseren Häusern.
- Beide Versammlungen finden im Werstspiechause statt.
Mitglieder haben sich als solche zu legitimieren.

Der Aufsichtsrat
der Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft
e. G. m. b. H.
K. Siebert, Vorsitzender.

Variété Edelweiss

Bant, Börsenstraße 41.
Montag bis Freitag: Tägl. Freikonzert im Café.
Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Große Cinematographische Vorführungen
unter Begleitung des Damen-Ensemble Victoria regia.
U. a. gelangen zur Vorführung: Casablanca und Internationale Ring-
komponistinnen usw. Näheres Programm.

Bier 10 Pf.
Hierzu lädt freundlich ein

Trauerbriefe fertigen an Paul Hug & Co., Bant.



Freitag früh Seefische in allen Sorten

zu ganz billigen Preisen Götterstr. 9 und
Noon- und Luisenstr.-Ecke.

Fr. Konnak, Seefischhandlung und Käscherei.
Telephon 820.

Wir können Sie bestimmt überzeugen

dass unsere neuen Formen in Schuhwaren das Richtigste für Ihre Füsse sind. Sie brauchen nur einen Versuch zu machen, und wir sind sicher, dass Sie niemals einen anderen Stiefel als unsere

Marke Walküre
tragen werden.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister,
Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

Kinderwagen

in feiner Ausstattung, zu bekannt
billig. Preisen, auch auf Teilzahlung.

Hinrichs & Frerichs, Bant
e. G. Wilhelmshavener u. Schillerstr.

Heute u. morgen:
Leb. Schollen
an der Königstraße.

Neue Sendung
Dabersche Kartoffeln

5 Liter 35 Pf., Scheffel 1,50 Mr.
A. Kuhlmann, Bremerstr. 19.

Günstige Kaufgelegenheit!!

Sofasitze von 5 Mr. an, Stuben-
stühle von 3 Mr. an, Bettlerriegel
3 Mr., Stühle von 50 Pf., 1 Steh-
lampe 1 Mr., 1 Petroleumlocher 1 Mr.
Kinderbadewanne 2 Mr., Garderoben-
ständer 5 Mr., Bilder von 1 Mr. an,
Rübenkraut u. Würschlaub 12 Mr.
1. und 2. Kl. Bettstellen mit Sprung-
federnmatte und Matratzen, neue
und geb. Kleiderkästen, zerlegbar,
fast neu. Nähmaschine mit Garantie
für 45 Mark.

W. Koch, Küst. Peterstr. 24.

Volksküche in Rüstringen
Mellumstraße.
Freitag: Sauerkohl mit Schweinefleisch.



: Grosser Erfolg:
des beliebten
Philipp Malburg-Ensembles
Täglich abends 8 Uhr:



Das Tagebuch
einer Verlorenen.

Lebensbild mit Gefang
und Tanz in fünf Akten

Variété
Metropoli

Gespielt des Süddeutschen
Ensembles Schuster-Rausch.

Außer dem erprobten Bühnen-
Programm der neueste Schlager von
Frau. Grete von Hagen:

Im Hosenrock.
Der Oberstiger, Lebensbild
am Tag nach der Hochzeit
Burleske.

Blusen
u. Blusenstoffe

Hübsche Neuheiten!
empfiehlt

Martha Kappelhoff
Ecke Deich- u. Roentgenstr.

Bremerstraße 53
 sofort vierstündig 2. Etage
Wohnung zu vermieten.
Schoolmann, Haase